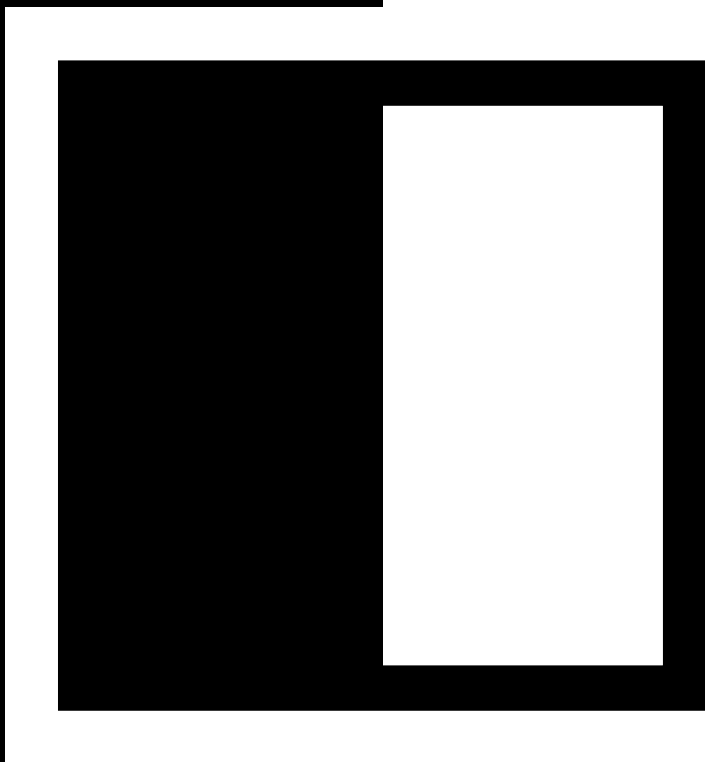


kontraste

Presse- und Informationsdienst für Sozialpolitik



CHANCEN UND PROBLEME AM
ARBEITSMARKT

SPEKTRUM

BUCHTIPPS

VERANSTALTUNGEN

3 | Juni 2014

Chancen und Probleme am Arbeitsmarkt	
Nachfrage nach Arbeitskräften stagniert	4
Aktuelle Arbeitsmarkttrends in Österreich	6
Arbeitsmarktpaket für ältere ArbeitnehmerInnen	9
Neue Chancen für ältere Arbeitslose	11
Vorschläge zur Bekämpfung der Altersarbeitslosigkeit	14
Die Fachkräfte der Zukunft?	16
Arbeitsmarktferne Personen: kaum Chancen auf regulären Arbeitsplatz	21
Arbeitsmarktderegulierung bewirkt keine Reduktion der Arbeitslosigkeit	23
Spektrum	
Sozialmärkte als Antwort auf Armut und Wegwerfkultur	26
Freihandelsabkommen: Versprechen oder Falle	32
Aktuelle Problemstellungen im Arbeits- und Sozialrecht	32
Buchtipps	34
Veranstaltungen	35

Arbeitslosigkeit: ein gesellschaftliches Dauerproblem mit Folgewirkungen

Die Beschäftigung mit den Verhältnissen am Arbeitsmarkt, insbesondere mit Ausmaß, Ursachen und Folgewirkungen von Arbeitslosigkeit, bleibt ein „Dauerbrenner“ unserer Berichterstattung. Das kommt nicht von ungefähr: Zwar ist neuerdings von der „Tendenz zu einer Trendwende“ am Arbeitsmarkt die Rede (Eurostat, 03.06.2014), weil die Zahl der Arbeitslosen im Vergleich zum Vorjahr zuletzt europaweit etwas zurückgegangen ist, das Niveau der Erwerbslosigkeit bleibt aber hoch: Die Arbeitslosenrate liegt im EU-Durchschnitt immer noch über 10 Prozent und die Jugendarbeitslosigkeit ist mehr als doppelt so hoch (22,5%).

In Österreich stellt sich die Arbeitsmarktlage zwar vergleichsweise günstig dar, zu beschönigen gibt es aber auch hier nichts: Von 2012 bis 2013 hat sich die Arbeitslosenquote von 4,3 auf 4,9 Prozent erhöht, vom Anstieg betroffen waren insbesondere Ältere und Hochqualifizierte sowie Personen mit gesundheitlichen Vermittlungseinschränkungen. Die Zahl der offenen Stellen sank um 6,5 Prozent. Feststellbar ist vor allem ein Verlust von Vollzeit-Arbeitsplätzen, der durch den Anstieg bei den Teilzeitstellen nur teilweise kompensiert werden konnte; d.h. der Trend zur Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen ist ungebrochen. (vgl. Beitrag, S. 6)

Der Mangel an Beschäftigungsmöglichkeiten hat generell zu einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen geführt, zumal sich die ArbeitnehmerInnen aus Sorge um den Job oft mit niedrigeren Löhnen zufrieden geben. In Südeuropa findet zudem eine Aushöhlung der Kollektivvertragssysteme statt: 80 Prozent der neu abgeschlossenen griechischen Betriebskollektivverträge enthalten Lohnkürzungen und in Portugal wurde die Allgemeinverbindlichkeit von Kollektivverträgen stark eingeschränkt. (vgl. Beitrag S. 4)

In diesen Ländern – aber nicht nur dort – ist zudem ein sich intensivierender Verdrängungswettbewerb am Arbeitsmarkt feststellbar. Aufgrund des beschränkten Stellenangebots bewerben sich Hochqualifizierte für relativ einfache Tätigkeiten und verdrängen dadurch schlechter ausgebildete BewerberInnen. Aber auch Personen mit gesundheitlichen Problemen

und ältere Arbeitsuchende bleiben, wie die Zahlen zeigen, immer öfter außen vor.

Ältere ArbeitnehmerInnen befinden sich zwar vielfach in relativ stabilen Arbeitsverhältnissen. Geht der Arbeitsplatz jedoch verloren, fällt der Wiedereinstieg meist schwer. Um hier Hilfestellungen zu bieten, wurde hierzulande ein „Arbeitsmarktpaket“ für ältere ArbeitnehmerInnen beschlossen, das Mittel für die Beschäftigungsförderung dieser Zielgruppe, etwa für direkte Lohnsubventionen, zur Verfügung stellt. Subsidiär ist eine Integration in den so genannten Zweiten Arbeitsmarkt vorgesehen. (vgl. Beitrag S. 9) Exemplarisch für dahingehende Maßnahmen kann das Projekt Triga des FAB für ältere ArbeitnehmerInnen mit gesundheitlichen Einschränkungen angeführt werden. Dieses sieht neben Beschäftigungsmöglichkeiten in den Bereichen Werbeassistentenz, Serienfertigung und Büroreinigung auch eine fachmedizinische und sportliche Begleitung der TeilnehmerInnen vor. Eine verstärkte Kooperation mit Wirtschaftsbetrieben wird derzeit angestrebt (vgl. Beitrag S. 11)

Derartige Kooperationen würden dem oberösterreichischen AK-Präsidenten Johann Kalliauer zufolge Sinn machen, zumal die Betriebe dabei von den Projekten lernen könnten, wie altersgerechte Arbeitsplätze gestaltet werden können und wie auf gesundheitliche Einschränkungen im betrieblichen Alltag Rücksicht genommen werden kann. Denn oberstes Ziel müsse es sein, ältere ArbeitnehmerInnen im gewohnten Job auf dem ersten Arbeitsmarkt bis zur Pension in Beschäftigung zu halten. Die Betriebe dürften dabei nicht aus ihrer gesellschaftspolitischen Verantwortung entlassen werden. Kalliauer spricht sich insofern für die rasche Umsetzung des im aktuellen Regierungsprogramm vorgesehenen Bonus-Malus-Systems zur Beschäftigung älterer ArbeitnehmerInnen aus. Leider spießt es sich auch hier noch – wie bei einer Reihe anderer Materien – in den Details. (vgl. Beitrag S. 14) Da den Betroffenen – in diesem Fall älteren Arbeitsuchenden – mit programmatischen Ansagen wenig geholfen ist, wäre es wünschenswert, wenn es in absehbarer Zeit gelänge, diesbezüglich einen sozial verträglichen Konsens zu erzielen, meint

Ihre
Kontraste-Redaktion

Nachfrage nach Arbeitskräften stagniert

Dies belegt eine im Rahmen des European Vacancy Monitor durchgeführte EU-weite Untersuchung. Besonders dramatisch ist die Situation in Südeuropa.

Im Rahmen der Europa-2020-Initiative veröffentlicht die Europäische Kommission mehrmals jährlich Berichte, die über die aktuelle Arbeitsmarktsituation Auskunft geben sollen. Ende Februar wurde die aktuelle Ausgabe des Europäischen Monitors für offene Stellen (European Vacancy Monitor, EVM) vorgestellt, die einen Überblick über die Beschäftigungsmöglichkeiten im zweiten Quartal 2013 gewährt. Die veröffentlichten Daten zu offenen Stellen und Neueinstellungen veranschaulichen die Trends hinsichtlich Beschäftigungsnachfrage und Kompetenzanforderungen.

Weniger Neueinstellungen

In den Beschäftigungsstatistiken drückt sich weiter kein Ende der Krise aus. Im Vergleich zum bereits schwachen ersten Quartal gingen die Neueinstellungen um 4 Prozent zurück, leichte Verbesserungen gab es nur im öffentlichen Bereich. Auch die Zahl der offenen Stellen ist gesunken. Im Jahr davor gab es um 3 Prozent mehr Angebote. In der Studie kommt eine starke Divergenz innerhalb der EU zum Ausdruck: Während in Ländern wie Österreich, Dänemark und Lettland ein partieller Mangel an Arbeitskräften festgestellt wurde, hat sich der Wettbewerb um Arbeitsplätze in Griechenland, Spanien und der Slowakei weiter verschärft. Der Bericht beleuchtet auch die Stärken und Schwächen der Arbeitsmärkte in den südlichen Ländern und enthält die Warnung, dass mehr Maßnahmen erforderlich sind, um jungen Menschen den Zugang zu qualifizierten Arbeitsplätzen zu ermöglichen und somit die Arbeitsproduktivität zu steigern.

Als Lösungsansatz setzt die Kommission allerdings weiter einseitig auf Arbeitnehmerfreizügigkeit und nicht auf Konjunkturprogramme für die Krisenregionen, kritisiert der ÖGB. Laut László Andor, Kommissar für Beschäftigung, Soziales und Integration könne „mehr Mobilität der Arbeitskräfte [...] dazu beitragen, dieses Ungleichgewicht zu verringern.“ Mit dem EU-weiten Arbeitssuchnetzwerk EURES soll es arbeitslosen Personen erleichtert werden, in einem anderen

Mitgliedstaat einen Job zu finden. Das EURES-Portal nutzt dabei Daten über Stellenangebote für ausländische Arbeitskräfte aus 31 nationalen öffentlichen Arbeitsverwaltungen. Zu Jahresbeginn waren über zwei Millionen derartige Stellen verfügbar. Das ÖGB-Europabüro befürchtet aber, dass der Abzug im Ausland gefragter ArbeitnehmerInnen die betroffenen Mitgliedstaaten langfristig noch weiter schwächen wird, weil es dadurch zu einem „brain drain“, d.h. einem Abzug von Kompetenzen und Know-how kommt.

Hochqualifizierte drängen in den Niedriglohnsektor

Die insgesamt schwache Wirtschaftsleistung hat zu einer kontinuierlichen Verschlechterung der Lage auf den Arbeitsmärkten in den südeuropäischen Ländern geführt, die am stärksten von der Krise betroffen waren. Im zweiten Quartal 2013 ging die Beschäftigung in Griechenland (-4,3%), Italien (-1,8%), Portugal (-4,1%) und Spanien (-3,6%) gegenüber dem Vorjahr zurück. In der EU der 28 sank die Zahl der Beschäftigten um 0,4 Prozent.

Auch wenn der Rückgang der Einstellungen im Dienstleistungssektor und für Fachkräfte in Griechenland, Italien, Portugal und Spanien laut EU-Studie mittlerweile zum Stillstand gekommen ist: Die Beschäftigungsmöglichkeiten in Südeuropa konzentrieren sich bloß auf wenige Sektoren wie die Gesundheitsversorgung, den Einzelhandel und die Verwaltung. Im am stärksten von der Krise betroffenen Sektor, der Bauwirtschaft, wird dagegen nur eine langsame Erholung erwartet.

Aufgrund dieser Entwicklung hat sich der Wettkampf um offene Stellen in den Krisenländern verschärft. Die Rekrutierung junger Menschen in den vier südlichen Ländern konzentriert sich auf Arbeitsplätze mit geringen Qualifikationsanforderungen im Dienstleistungssektor, mit starken saisonbedingten Schwankungen und hoher Fluktuation. Zudem werden immer mehr Arbeitskräfte mit mittlerer Qualifikation für Stellen mit geringen Qualifikationsanforderungen rekrutiert, was die allgemeine Überqualifizierung der Arbeitskräfte verstärkt. D.h., angesichts des immer kleiner werdenden Angebots an Arbeitsplätzen bewerben sich auch immer mehr Hochqualifizierte um Jobs, deren Anforderungsprofil sie eigentlich übersteigen. Schlechter ausgebildete BewerberInnen werden dadurch verdrängt.

Vor allem wenig qualifizierte Jugendliche haben damit in vielen Mitgliedstaaten kaum Aussicht auf Beschäftigung. So erreichte die Jugendarbeitslosigkeit

im zweiten Quartal 2013 in Griechenland 59,6 Prozent, in Spanien 55,7, in Portugal 39,4 und in Italien 38,9 Prozent. In der EU insgesamt lag die Jugendarbeitslosigkeit im zweiten Quartal 2013 bei 24 Prozent gegenüber 15 Prozent im Jahr 2008.

Die Europäische Kommission hat zuletzt mit der so genannten Jugendgarantie versucht, dem gegenzusteuern. Die Jugendgarantie soll dazu beitragen, allen arbeitslosen Personen unter 25 Jahren innerhalb von vier Monaten nach Verlust des Arbeitsplatzes oder Abschluss der formalen Bildung einen Arbeitsplatz, Weiterbildungsmöglichkeiten, eine Lehrstelle oder ein Praktikum zu bieten. Somit sollen Arbeitsberatungen aktiv dazu beitragen, Jugendlichen einen passenden Job oder eine Ausbildung entsprechend ihren Erfahrungen und Kenntnissen zu vermitteln. Das bedarf dem ÖGB-Europabüro zufolge in einigen Mitgliedstaaten struktureller Reformen bei öffentlichen Arbeitsvermittlungsstellen und bei Berufsausbildungssystemen. Die Kosten dafür sind hoch zu veranschlagen – noch höher werden aber die Kosten bei Tatenlosigkeit eingeschätzt. Doch angesichts des relativ niedrigen angestrebten Investitionsvolumens von 6 Milliarden Euro für die gesamte EU erwartet das ÖGB-Europabüro kaum wirkliche Verbesserungen durch die Maßnahme. Im EVM-Bericht wird allerdings darauf verwiesen, dass Mittel aus den EU-Strukturfonds ebenfalls zur Verfügung stehen, um auf die wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen zu reagieren, mit denen Europa voraussichtlich bis 2020 konfrontiert ist. So würden u.a. aus dem Europäischen Sozialfonds über 70 Mrd. Euro für „Investitionen in Humankapital“ bereitgestellt.

Schlechtere Arbeitsbedingungen durch zunehmenden Wettkampf um Arbeitsplätze

Die Krise hat außerdem dazu geführt, dass häufiger auf befristete Arbeitsverträge zurückgegriffen wird. So stieg deren Anteil in Italien von rund 60 Prozent im Jahr 2008 auf 70 Prozent in den Jahren 2012–2013. Die hohe Zahl befristeter Verträge wiederum trug zu einem niedrigeren Ausbildungs- und Kompetenzniveau bei, was letztlich zu geringerer Produktivität und wirtschaftlicher Leistung führte. In Südeuropa ist



Insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit ist in den letzten Jahren stark gestiegen. Mit der Sicherstellung von Qualifikations- und Vermittlungsmaßnahmen für arbeitslose Jugendliche versucht die EU-Kommission, diesem Trend gegenzusteuern. Foto: hs

der Anteil der weniger gut ausgebildeten ArbeitnehmerInnen mit 33 Prozent mehr als doppelt so hoch wie im EU-Durchschnitt (16%).

Generell hat der Mangel an Beschäftigungsmöglichkeiten zu einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen geführt. ArbeitnehmerInnen geben sich aus Sorge um ihren Job mit niedrigeren Löhnen zufrieden. Hinzukommt, dass die Europäische Kommission bei der Krisenbekämpfung weiterhin auf Arbeitsmarktliberalisierungen setzt. Eine Veränderung der Lohnsysteme soll über die Reduktion der Deckungsrate von Kollektivverträgen und über eine radikale Dezentralisierung der Lohnverhandlungen erreicht werden. In einer Studie aus dem Jahr 2012 (Labour Market Developments 2012) wurde ein genauer Fahrplan zur Aushöhlung der Kollektivvertragssysteme vorgezeichnet und seitdem zielstrebig verfolgt. Insbesondere die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften soll gebrochen werden, warnt der ÖGB. So haben seit 2012 80 Prozent der Betriebskollektivverträge in Griechenland Lohnkürzungen enthalten. Besonders dramatisch war die Entwicklung in Portugal. Dort wurde die Allgemeinverbindlichkeit von Kollektivverträgen stark eingeschränkt. Die Anzahl der Beschäftigten, die diesen unterliegen, ist infolgedessen zwischen 2011 und 2012 von 1,2 Millionen auf knapp über 300.000 gesunken. Auch in Irland und Zypern ist das Kollektivvertragssystem dem ÖGB-Europabüro zufolge de facto zusammengebrochen. [hs]

Quellen: ÖGB-Europabüro, 27.02.2014; 19.11.2013; Europäische Kommission: Press release IP/14/84, 24.02.2014

Aktuelle Arbeitsmarkttrends in Österreich

Im Jahr 2013 war hierzulande ein leichter Beschäftigungsrückgang mit deutlich weniger Vollzeit-, aber mehr Teilzeitstellen zu verzeichnen. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit war bei Älteren und höher Gebildeten überdurchschnittlich hoch. Bis April dieses Jahres war die Wirtschaftsbelegung noch zu schwach, um eine Trendwende am Arbeitsmarkt herbeizuführen.

Laut Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung waren im Jahr 2013 in Österreich gemäß der internationalen Definition 4.175.200 Personen erwerbstätig und 215.200 arbeitslos. Mit einem leichten Minus von insgesamt 8.600 Erwerbstätigen und einem Plus von 26.100 Arbeitslosen gegenüber 2012 hat sich die Arbeitsmarktlage im Vorjahr verschlechtert. 45.000 Vollzeitstellen gingen im Jahresvergleich verloren, 36.400 Teilzeitstellen kamen hinzu. Gleichzeitig mit dem Anstieg der Arbeitslosen sank die Zahl der offenen Stellen im Jahr 2013 leicht und betrug im Jahresdurchschnitt mit 65.000 um rund 4.500 bzw. um 6,5 Prozent weniger als im Jahr zuvor. 60 Prozent davon waren auch dem AMS gemeldet.

Dienstleistungsberufe am häufigsten gesucht

Im Jahresdurchschnitt 2013 waren Dienstleistungsberufe wie etwa im Verkauf, aber auch TechnikerInnen sowie Handwerks- und damit verwandte Berufe am fragtesten. Bei rund 40 Prozent der offenen Stellen war aus Sicht der Unternehmen keine schulische Mindestqualifikation erforderlich, bei 31 Prozent wurden Personen mit Lehrabschluss gesucht. Bei 13,5 Prozent war eine Matura, bei 9 Prozent eine darüber hinausgehende Qualifikation erwünscht. 80 Prozent aller offenen Stellen waren als Vollzeitstellen ausgeschrieben, 4 Prozent bezogen sich auf eine geringfügige Beschäftigung. In 9 Prozent aller Fälle wurden saisonal begrenzte Tätigkeiten ausgeschrieben.

Knapp ein Drittel der ausgeschriebenen Stellen (31%) konnte innerhalb eines Monats besetzt werden; mehr als ein Viertel (27%) wurden allerdings dauerhaft angeboten, vor allem in Dienstleistungsberufen und Berufen im Verkauf. Das voraussichtliche monatliche Bruttoeinkommen lag bei 55 Prozent der offenen

Stellen unter 1.700 Euro und bei 28 Prozent zwischen 1.700 und 2.400 Euro (vgl. Tab. 1).

Seit 2004 kontinuierlicher Anstieg von Teilzeiterwerbstätigen

Die Zahl der Selbständigen und Mithelfenden (2013: 555.000) blieb auf dem Niveau des Vorjahres, allerdings gingen auch hier Vollzeitstellen (-11.500) zugunsten von Teilzeitstellen (+10.000) verloren. Unselbständige verzeichneten anders als in den Jahren davor ein leichtes Beschäftigungsminus (-7.100) gegenüber dem Vorjahr auf nunmehr 3.620.200 Personen. Dieses Minus basierte auf einem Abbau von 33.500 Vollzeitstellen, dem ein schwächerer Zuwachs von 26.400 Teilzeitstellen gegenüberstand. Der Rückgang von 2012 auf 2013 bei Vollzeit war auf Männer (-30.500) konzentriert, der Anstieg bei Teilzeit relativ gleich auf Frauen und Männer verteilt.

Eine Analyse der Daten seit 2004 ergibt einen kontinuierlichen Anstieg bei Teilzeiterwerbstätigen von 736.000 im Jahr 2004 auf 1.110.300 Personen 2013. Auch die Anzahl an Vollzeiterwerbstätigen stieg von 2004 bis 2013 um 56.900 Personen an. Allerdings gab es bei Vollzeit zwischendurch Rückgänge im Jahresabstand, nämlich in den Krisenjahren 2009 und 2010 sowie im Jahr 2013. Der Vergleich zwischen 2013 und 2004 zeigt einen geringen Anstieg bei Vollzeit (+56.900) und einen deutlichen Anstieg bei Teilzeiterwerbstätigen (+374.300). Demnach ging der Teilzeitanstieg in Summe gesehen über den gesamten Beobachtungszeitraum hinweg zwar nicht auf Kosten der Vollzeit, in den Jahren mit rückläufigen Zahlen an Vollzeiterwerbstätigen hingegen schon bzw. zumindest teilweise (vgl. Tab. 2, S. 8).

Arbeitslosigkeit weiterhin über dem Vorjahreswert

Die Arbeitslosenquote stieg 2013 gegenüber 2012 von 4,3 auf 4,9 Prozent. Arbeitslosenzahl und Arbeitslosenquote erhöhten sich bei Frauen und Männern gleichermaßen, und zwar mit jeweils ca. +13.000 Personen bzw. +0,6 Prozentpunkte. Der Anstieg bei der Zahl an Arbeitslosen war bei älteren Erwerbspersonen und Personen mit höheren Bildungsabschlüssen überdurchschnittlich hoch.

Dieser Trend setzte sich auch im heurigen Jahr fort. Die Zahl der arbeitslos registrierten Arbeitssuchenden ist zwar gegenüber dem Vormonat um knapp 12.000 Personen zurückgegangen, sie lag Ende April 2014 jedoch mit 307.517 Personen um 12,6 Prozent über dem vergleichbaren Vorjahreswert. Inklusiv der TeilnehmerInnen an Schulungsmaßnahmen des AMS beträgt

Tabelle 1: Offene Stellen laut Offene-Stellen-Erhebung nach ausgewählten Merkmalen

Merkmale	Jahresdurchschnitt 2013	
	in 1.000	in %
Insgesamt	65,0	100,0
darunter:		
Ausgewählte ISCO-Berufshauptgruppen 2008		
Akademische Berufe und Führungskräfte	9,2	14,1
Techniker und gleichrangige nichttechnische Berufe	12,1	18,5
Bürokräfte und verwandte Berufe	4,3	6,6
Dienstleistungsberufe und Verkäufer	20,4	31,5
Handwerks- und verwandte Berufe	9,4	14,5
Bediener von Anlagen und Maschinen und Montageberufe	2,9	4,5
Hilfsarbeitskräfte	5,3	8,1
Sonstige Berufe	0,9	1,3
Mindestbildung		
Pflichtschulabschluss bzw. keine bestimmte Mindestanforderung	25,3	39,0
Lehre	19,9	30,6
Mittlere Schule (ohne Matura) und Meister	3,4	5,2
Matura	8,8	13,5
Über Matura hinausgehender Abschluss	5,9	9,1
Arbeitszeit		
Vollzeit	52,0	80,0
Teilzeit (über Geringfügigkeit)	8,5	13,1
Geringfügig beschäftigt	2,8	4,2
Saisonarbeitsstelle		
Ja	5,9	9,1
Nein	57,4	88,3
Dauer der Suche		
Weniger als einem Monat	19,9	30,6
1 bis unter 3 Monate	15,4	23,8
3 bis unter 6 Monate	5,3	8,2
6 Monate oder länger	4,6	7,0
Dauerhafte Suche	17,7	27,2
Voraussichtliches Bruttoeinkommen		
Unter 1.000 €	13,8	21,2
1.000 bis unter 1.700 €	21,9	33,7
1.700 bis unter 2.400 €	18,3	28,1
2.400 € oder mehr	7,8	12,0

Q: STATISTIK AUSTRIA, Offene-Stellen-Erhebung. – Sich nicht auf 100% ergänzende Anteilswerte innerhalb der einzelnen Merkmalsgruppen sind auf fehlende Angaben zurückzuführen.

die Zunahme 10,5 Prozent. Damit sind aktuell 390.289 Personen bei AMS als arbeitsuchend vorgemerkt. „Der insgesamt schneearme Winter hat trotz des späten Ostertermins nicht den üblichen Schwung vor dem Saisonende des Tourismusarbeitsmarktes, dem damit zum Teil verbundenen Handel und damit auch für die Senkung der Gesamtarbeitslosigkeit gebracht“, stellte Sozialminister Rudolf Hundstorfer anlässlich der Präsentation der Arbeitsmarktdaten für April fest.

Trotz der im Europavergleich relativ niedrigen Arbeitslosenquote von 4,9 Prozent und der langsamen Wirtschaftsbelebung bleiben in Summe die Aussichten für die Arbeitssuchenden verhalten. „Ohne eine entsprechend starke wirtschaftliche Belebung kann die Arbeitsmarktpolitik zwar bei vielen die individuellen Chancen erhöhen und besonders benachteiligten Gruppen neue Perspektiven eröffnen, die gesamtwirtschaftlich bedingte geringe Gesamtnachfrage nach Arbeitskräften kann sie allerdings nicht vollständig

Tabelle 2: Entwicklung der Vollzeit- und Teilzeiterwerbstätigen seit 2004

Jahr	Erwerbstätige	darunter Frauen	Vollzeiterwerbstätige		Teilzeiterwerbstätige	
			insgesamt	darunter Frauen	insgesamt	darunter Frauen
2004	3.744.000	1.682.500	3.008.000	1.046.200	736.000	636.300
2005	3.824.400	1.729.200	3.016.800	1.049.900	807.600	679.300
2006	3.928.300	1.780.700	3.073.600	1.065.400	854.600	715.400
2007	4.027.900	1.819.400	3.119.100	1.069.700	908.900	749.700
2008	4.090.000	1.867.900	3.135.200	1.092.200	954.800	775.700
2009	4.077.700	1.892.100	3.074.800	1.079.800	1.002.800	812.300
2010	4.096.400	1.899.100	3.066.100	1.066.900	1.030.400	832.100
2011	4.143.900	1.916.000	3.101.100	1.072.600	1.042.800	843.400
2012	4.183.800	1.943.400	3.110.000	1.071.300	1.073.800	872.100
2013	4.175.200	1.951.300	3.064.900	1.063.800	1.110.300	887.500

Q: STATISTIK AUSTRIA, Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung. – Internationale Definition von Erwerbstätigen nach dem ILO-Konzept. – Teilzeit: Erwerbstätige, die auf entsprechende Frage angeben, Teilzeit zu arbeiten.

ausgleichen“, konstatierte Hundstorfer. Vor allem ältere Arbeitssuchende haben es derzeit am Arbeitsmarkt besonders schwer.

Zwar steigt die Zahl der Beschäftigten weiter an, das Wirtschaftswachstum reicht jedoch nicht aus, um alle zusätzlichen auf den Arbeitsmarkt strömenden Personen aufzunehmen. Dafür müssten laut Hundstorfer anstatt des für heuer prognostizierten BIP-Zuwachses von 1,7 Prozent zumindest 3 Prozent erreicht werden. Angesichts der europaweiten Konsolidierungsprogramme sei das aber kaum zu erwarten. Zusätzlich führten die politischen Unsicherheiten rund um die Ukraine zu einer entsprechend gedämpften internationalen wirtschaftlichen Stimmung.

Weniger Lehrstellen

Nach wie vor unter dem Durchschnitt liegt der Zuwachs der Arbeitslosigkeit bei den Jugendlichen mit 4,5 Prozent. Am Lehrstellenmarkt wirken sich die nach wie vor schwachen konjunkturellen Rahmenbedingungen weiterhin dämpfend aus. Die Zahl der sofort verfügbaren Lehrstellensuchenden lag Ende April 2014 mit 4.448 um 4,3 Prozent über dem Vorjahreswert und mit 3.039 sind beim Arbeitsmarktservice um 9,7 Prozent weniger Lehrstellen gemeldet. Lediglich in Tirol und in Vorarlberg haben die Unternehmen um 3,2 Prozent bzw. um 15,2 Prozent mehr offene Lehrstellen gemeldet. Zuwächse gibt es hier vor allem im Metall-Elektrobereich sowie zum Teil bei Bau- und Fremdenverkehrsberufen.

Regionale Lichtblicke zeigen sich zumindest zum Teil auch bei der Zahl der gemeldeten offenen Stellen. So

steigt der Bestand gegenwärtig im Burgenland mit 21,5 Prozent und in Niederösterreich mit 14,8 Prozent. Auch in Wien ist mit 0,3 Prozent ein geringfügiger Zuwachs zu verzeichnen. Da allerdings in den westlichen und südlichen Bundesländern der Stellenbestand rückläufig ist, ergibt sich bundesweit eine leichte Abnahme um 1,6 Prozent.

Steigende Konkurrenz am Arbeitsmarkt

Mit einem Plus von 20.175 bzw. 13,4 Prozent steigt die Arbeitslosigkeit aktuell bei Männern stärker als bei Frauen (11,6%). Der Anstieg der Gesamtarbeitslosigkeit ist derzeit mit 18,3 Prozent in Oberösterreich am höchsten, gefolgt von Wien mit 17,7 Prozent. Am unteren Ende der Skala liegen Vorarlberg mit 2,2 und Kärnten mit 6 Prozent. „Bei besonders benachteiligten Gruppen wirkt sich die steigende Konkurrenz am Arbeitsmarkt auch stärker aus“, so Hundstorfer. In der Folge nimmt die Zahl der vorgemerkten Personen mit gesundheitlichen Vermittlungseinschränkungen um 28,8 Prozent zu. Diesen überdurchschnittlichen Anstieg sieht Hundstorfer unter anderem als Folge der intensiveren Betreuung dieses Personenkreises durch das Arbeitsmarktservice sowie des verlangsamten Zugangs ins Pensionssystem aufgrund der heuer in Kraft getretenen Maßnahmen zur Anhebung des tatsächlichen Pensionsantrittsalter. Diese erhöhen zwar zum einen die Zahl der beschäftigten Älteren, zum anderen aber auch die Arbeitslosigkeit dieser Altersgruppe. [hs]

Quellen: Statistik Austria, Pressemitteilungen 20.03.2014, 14.02.2014; BMASK, Presseausendung OTS0058, 02.05.2014

Arbeitsmarktpaket für ältere ArbeitnehmerInnen

Für die Wiedereingliederung älterer Arbeitsloser in den Arbeitsmarkt werden in den nächsten Jahren zusätzliche Fördermittel bereitgestellt. Bis zum Jahr 2016 können 350 Mio. Euro aus der Arbeitslosenversicherung in spezifische Förderprogramme und Eingliederungsbeihilfen umgeleitet werden. Zugute kommen sollen die Gelder Arbeitslosen über 50, die seit mehr als einem halben Jahr beim AMS vorge-merkt sind.

Die Zahl der Älteren am Arbeitsmarkt hat – nicht zuletzt durch den demographischen Wandel, aber auch durch die Erhöhung des faktischen Pensionsantrittsalters – in den letzten Jahren stetig zugenommen. Bereits heute liegt die Zahl der Erwerbsbevölkerung 50+ um 64 Prozent über dem des Jahres 2000. Diese Entwicklung wird sich auch in den kommenden Jahren fortsetzen. Aus diesem Grund hat die österreichische Bundesregierung ein Arbeitsmarktpaket zur Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit und Reintegration von älteren ArbeitnehmerInnen ins Leben gerufen.

Anstatt künftig Arbeitslosengeld an die Betroffenen auszuzahlen, sollen die Mittel gezielt in Beschäftigungsförderungen für ältere ArbeitnehmerInnen investiert werden, wie etwa in direkte Lohnsubventionen. In den Jahren 2014 und 2015 stehen dafür je 100 Millionen Euro, im Jahr 2016 150 Millionen Euro zur Verfügung. Über 20.000 Personen können dadurch pro Jahr gefördert werden und über 8.500 Personen im Anschluss eine nicht geförderte Beschäftigung aufnehmen.

Präsentation Ende Februar

„Die Generation 50+ befindet sich zumeist in stabileren Beschäftigungsverhältnissen. Geht der Arbeitsplatz jedoch verloren, so ist ein Wiedereinstieg für ältere ArbeitnehmerInnen oftmals schwieriger. Daher werden wir das Hauptaugenmerk darauf legen, die bestehenden Modellprojekte weiterzuentwickeln und auch flächendeckend zur Verfügung zu stellen. Insbesondere die stufenweise Integration in den ersten Arbeitsmarkt wollen wir dadurch forcieren. Jede erfolgreiche Wiedereingliederung ist ein Gewinn so-

wohl für ArbeitnehmerInnen als auch für die Gesellschaft und die Betriebe“, betonte Sozialminister Rudolf Hundstorfer bei der Präsentation des Vorhabens Ende Februar.

Nicht nur die Wiedereingliederung in den ersten Arbeitsmarkt, auch die Integration in den zweiten Arbeitsmarkt wird durch das neue Arbeitsmarktpaket angestrebt. Die Betroffenen sollen die Möglichkeit haben, in sinnvollen, gesellschaftlich anerkannten Bereichen, etwa in sozioökonomischen Betrieben, tätig zu sein. So können Beschäftigungsmöglichkeiten im Bereich der Betreuung von SchülerInnen (Schulbuffet/ Nachhilfe), Bewegungsangeboten, Haushalts- oder Mobilitätsdienstleistungen etc. geschaffen werden.

Hundstorfer wies darauf hin, dass bereits im Jahr 2013 rund 78 Millionen Euro für Beschäftigungsbeihilfen und -maßnahmen für die Generation 50+ aufgewendet wurden, um der gestiegenen Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken. Mit dem beschlossenen Arbeitsmarktpaket wolle man einen weiteren Beitrag zur Integration in den Arbeitsmarkt leisten und an bereits bestehende Erfolgsprojekte, wie die Aktion „Reife Leistung“, anknüpfen, durch die im Jahr 2013 über 3.000 ältere arbeitslose Menschen mittels Einstellbeihilfe gefördert wurden.

Beschluss im Nationalrat

Der Nationalrat stimmte auf Empfehlung des Sozialausschusses Ende März dem entsprechenden Gesetzespaket zu. Im Paket enthalten ist außerdem eine minimale Senkung der Lohnnebenkosten: Sowohl der Unfallversicherungsbeitrag (ab Juli 2014) als auch der Arbeitgeber-Beitrag zum Insolvenz-Entgelt-Fonds (ab 2015) werden um jeweils 0,1 Prozentpunkte reduziert. Darüber hinaus stellten die Abgeordneten durch eine Übergangsregelung sicher, dass Personen, die derzeit eine befristete Invaliditätspension beziehen und nach deren Auslaufen Anspruch auf Rehabilitationsgeld haben, keine Einkommenseinbußen erleiden.

Mitverhandelt mit dem Gesetzespaket wurden Anträge der FPÖ und der Grünen, die jedoch keine Mehrheit fanden. Die FPÖ forderte unter anderem mehr Transparenz bei Förder- und Auftragsvergaben im Bereich der Arbeitsmarktpolitik und ein gezieltes Qualitätsmanagement für Arbeitsmarkt-Projekte und AMS-Kurse. Außerdem sprach sie sich dafür aus, den Zugang zum Arbeitsmarkt in Branchen mit hoher Arbeitslosigkeit, etwa Baugewerbe oder Tourismus, auch für EU-BürgerInnen einzuschränken und die Mindestsicherung nach den Lebenshaltungskosten im jeweiligen Herkunftsland der BezieherInnen zu staffeln. Die Grünen

wollten den Grundbetrag des Arbeitslosengeldes von 55 Prozent des zuletzt erzielten Nettoeinkommens auf 70 Prozent erhöhen und das Partnereinkommen bei der Festsetzung der Notstandshilfe künftig unberücksichtigt lassen.

Kontroverse Debatte

Die Forderung der FPÖ, den Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt auch für EU-BürgerInnen zu beschränken und die Höhe der Mindestsicherung je nach Herkunftsland der BezieherInnen flexibel festzulegen, stieß bei den anderen Fraktionen auf klare Ablehnung. Die sozialdemokratische Abgeordnete Sabine Oberhauser bedauerte, dass die FPÖ kein Wort über das vorliegende Arbeitsmarktpaket für ältere ArbeitnehmerInnen verloren hat, dass immerhin einen Umfang von 350 Mio. Euro habe.

Ihr Fraktionskollege Josef Muchitsch sieht das Hauptproblem im Bereich des Lohn- und Sozialdumping weniger in der Zuwanderung, sondern vor allem darin, dass bei Ausschreibungen zu oft der Billigstbieter ausgewählt wird. Man müsse weg vom Billigstbieter- hin zum Bestbieter-Prinzip kommen, mahnte er. Es könne nicht sein, dass immer nur jene Unternehmen zum Zug kommen, welche die niedrigsten Löhne zahlen.

Gertrude Aubauer von der ÖVP begrüßte das Arbeitsmarktpaket für ältere ArbeitnehmerInnen ausdrücklich. Dass ältere Menschen gar keine Chance am Arbeitsmarkt haben, wollte sie aber nicht gelten lassen: Im Vorjahr hätten eine halbe Million Menschen wieder einen Arbeitsplatz gefunden, davon sei jeder Vierte über 50 gewesen.

Ihr Fraktionskollege Peter Haubner ging auf die im Gesetzespaket enthaltene Senkung der Lohnnebenkosten ein. Die Senkung falle nur gering aus, räumte er ein, wichtig sei aber, dass damit eine Trendwende eingeleitet werde.

Kritik der Opposition

Die NEOS stünden dem vorliegenden Gesetzespaket tendenziell zwar positiv gegenüber, sagte deren Abgeordneter Peter Loacker, er sehe aber keinen Grund, in das „Loblied“ der Regierungsfractionen einzustimmen. 0,1 Prozent hier und 0,1 Prozent dort seien kein Grund zum Jubeln, meinte er und drängte auf „größere Würfe“.

Zum Arbeitsmarktpaket merkte Loacker an, die NEOS fänden es gut, wenn Geld in die Hand genommen werde, um ältere Arbeitslose wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren, und er begrüßte auch befristete Lohn-

subventionen. Das Hauptproblem am Arbeitsmarkt ist für ihn allerdings mangelnde Bildung und Ausbildung. Loacker gab außerdem zu bedenken, dass die Senioritätslogik des österreichischen Gehaltssystems ältere ArbeitnehmerInnen überproportional teuer mache.

Kein Verständnis für die im Gesetzespaket enthaltene Lohnnebenkosten-Senkung zeigten die Grünen. Sie verstehe nicht, warum der Sozialminister auf Einnahmen von 200 Mio. Euro verzichte, sagte die Abgeordnete Birgit Schatz und sprach von einem „Kniefall vor der Wirtschaft“. Konkret sei sie verwundert darüber, dass eine Senkung der Insolvenz-Entgelt-Fonds-Beiträge möglich ist, obwohl etliche größere Unternehmen vor der Insolvenz stehen bzw. bereits insolvent sind. Die Grünen-Abgeordnete fürchtet, dass das Defizit des Insolvenzfonds weiter steigen wird. Die Einnahmen aus der Unfallversicherung sollen ihrer Meinung nach dazu verwendet werden, die Arbeitsfähigkeit älterer ArbeitnehmerInnen zu erhalten.

In Bezug auf das Arbeitsmarktpaket führte Schatz aus, die Grünen stünden Lohnsubventionen und gemeinnützigen Arbeitskräfteüberlassern kritisch gegenüber. Die Erfahrung älterer ArbeitnehmerInnen müsse dem Arbeitgeber etwas wert sein, meinte sie, zudem hat sie Zweifel, dass Lohnsubventionen einen Beitrag zur Schaffung neuer Arbeitsplätze leisten. Schatz verwies auch darauf, dass Leiharbeitsfirmen, die vom AMS selbst betrieben bzw. gefördert werden, nicht dem Kollektivvertrag für LeiharbeiterInnen unterliegen, was zur Folge habe, dass die Betroffenen schlecht bezahlt würden und extrem schlechte Arbeitsbedingungen hätten.

Sozialminister Rudolf Hundstorfer wies die Befürchtung der Grünen zurück, dass der Insolvenzfonds durch die Senkung der Arbeitgeber-Beiträge in finanzielle Schwierigkeiten geraten könnte, und verwies auf vorgesehene Kompensationen. Auch die vorgesehene Reduzierung des Unfallversicherungsbeitrags ist für ihn angesichts der Rücklagen der AUVA gerechtfertigt. Was die Kritik der Grünen an gemeinnützigen Arbeitskräfteüberlassern betrifft, verwies der Sozialminister auf eine laufende Evaluierung sozialökonomischer Betriebe.

Quellen: Hundstorfer präsentiert umfassendes Arbeitsmarktpaket für ältere ArbeitnehmerInnen, Presseaussendung des BMASK, 24.02.2014; Nationalrat stimmt Förderpaket für ältere Arbeitslose zu, Parlamentskorrespondenz Nr. 252 vom 27.03.2014

Neue Chancen für ältere Arbeitslose

Da die Arbeitslosigkeit insbesondere bei Älteren, Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen oder körperlichen Beeinträchtigungen in den vergangenen Jahren stark gestiegen ist, bietet das FAB bundesweit verschiedene integrative Angebote in diesem Bereich an. Im Projekt „Chance P“ erhalten Arbeit suchende Menschen, die kurz vor der Pensionierung stehen, die Möglichkeit, die Zeit bis zum regulären Pensionsantritt mit einer sinnvollen Tätigkeit zu überbrücken. Das Projekt „Chance-Energie“ ermöglicht den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt als Gasableser. Und mit „Triga“ wurde ein Projekt für ältere Arbeitslose mit gesundheitlichen Einschränkungen geschaffen.

Beim Arbeitsmarktservice (AMS) geht man davon aus, dass es 2014 neben einer Rekordbeschäftigung auch eine Rekordarbeitslosigkeit in Österreich geben wird. Das AMS rechnet übers Jahr mit weiteren 10.000 bis 15.000 Menschen ohne Arbeit. Die nationale Arbeitslosenquote soll heuer von 7,6 Prozent im Jahr 2013 auf 8 Prozent steigen und 2015 auf diesem Rekordniveau verharren. Bei den vorgemerkten Arbeitslosen wird ein Anstieg von 287.000 auf 307.000 erwartet. Dazu kommen noch mehr als 70.000 Personen in AMS-Schulungen. Die Arbeitslosenquote nach nationaler Definition wird damit voraussichtlich auf dem höchsten Stand seit dem Jahr 1953 liegen.

Ältere Menschen von Krise am Arbeitsmarkt besonders betroffen

Eines zeigen die Arbeitsmarkt-Daten ganz deutlich: Am schlimmsten trifft die Krise am Arbeitsmarkt jene Menschen, die in den Statistiken gern als „Personen mit Vermittlungshemmnissen“ geführt werden. Am stärksten vom Anstieg der Arbeitslosigkeit betroffen sind demnach ältere ArbeitnehmerInnen und Menschen mit einer gesundheitlichen Einschränkung oder einer körperlichen Beeinträchtigung. So waren im Februar 2014 in Oberösterreich 7.849 Personen mit gesundheitlichen Vermittlungseinschränkungen beim

AMS arbeitslos gemeldet. Dies sind um 38,6 Prozent mehr Personen gegenüber dem Vorjahr und um 58,3 Prozent mehr Personen als im Jahr 2011. Auch bei der Anzahl der arbeitslos gemeldeten behinderten Personen kam es im Februar gegenüber dem Vorjahr zu einer Erhöhung um 37,1 Prozent. Im Vergleich zu 2011 hat sich die Anzahl der arbeitslos gemeldeten behinderten Personen sogar etwas mehr als verdoppelt.

Soziales Auffangnetz

Die angespannte Situation am Arbeitsplatz führt vermehrt zu psychischem Stress und Krisen. Die Folgen können weitreichend sein: Krankenstand, Erwerbsunfähigkeit, Angst- und Depressionszustände etc. Laut Schätzung der EU leiden durchschnittlich vier bis sieben Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung an dem Burn-Out-Syndrom, 16 Prozent zeigen ein erhöhtes Risiko.

Die Statistik untermauert eindrucksvoll: Es braucht für Betroffene ein entsprechendes Auffangnetz - vor allem dann, wenn der „Wirtschafts-Motor“ so wie derzeit ins Stocken gerät. An diesem Punkt setzt der gemeinnützige Verein FAB an, der bundesweit auf dem Gebiet der Arbeitsintegration von Menschen mit sozialen und/oder körperlichen Beeinträchtigungen tätig ist. So unterstützte das FAB im Vorjahr 4.320 ältere Menschen ohne Job. Der Anteil der über 45-Jährigen an den TeilnehmerInnen der FAB-Maßnahmen lag damit bei knapp einem Drittel (32,3%; siehe Tabelle S. 12).

Projekt Triga für ältere ArbeitnehmerInnen mit gesundheitlichen Einschränkungen

Im Vorjahr hat das FAB seine Angebotspalette gemeinsam mit dem Arbeitsmarktservice OÖ für ältere ArbeitnehmerInnen mit gesundheitlichen Einschränkungen erweitert. Das Pilotprojekt „Triga“ ist der erste sozialökonomische Betrieb für Menschen über 45 mit physischer Beeinträchtigung. Triga ist die lateinische Bezeichnung für ein Dreigespann und steht im Projekt für das Zusammenspiel der drei Projektschwerpunkte Arbeit, Gesundheit und Soziales. Nach einer einjährigen Pilotphase geht das Projekt heuer in den Regelbetrieb über.

Das FAB „unterstützt Menschen mit multiplen Gesundheitseinschränkungen und Arbeitssuchende kurz vor der Pensionierung mit den Projekten Triga und Chance P. Zielgruppe sind so genannte arbeitsmarktferne Personen über 45 Jahren mit ‚klassischen‘ Beschwerden wie Herz-, Kreislauferkrankungen oder Defekten des Stützapparats, aber auch mit multiplem Krankheitsbild“, erläutert FAB-Geschäftsführerin Sil-

FAB Gesamt nach Alter	Männer	Frauen	Gesamt 2013	Prozent
bis vollendeten 17. LJ	269	276	545	4,1%
von 18 bis vollendeten 24. LJ	1411	1290	2701	20,2%
von 25 bis vollendeten 44. LJ	2909	2897	5806	43,4%
von 45 bis vollendeten 49. LJ	996	825	1821	13,6%
50 und mehr	1484	1023	2507	18,7%
Gesamt	7069	6311	13380	100,0%

Quelle: FAB, Statistik FAB TeilnehmerInnen 2013 nach Alter / Österreich

via Kunz. Rund 75 Prozent der Triga-TeilnehmerInnen hatten mindestens einmal, manche bis viermal, um I-Pension angesucht und einen ablehnenden Bescheid, in der Regel aufgrund fehlenden Berufsschutzes, erhalten.

Von anderen sozialökonomischen Betrieben unterscheidet sich Triga durch den bereits erwähnten Gesundheitsschwerpunkt und eine deutlich längere Verweildauer der TeilnehmerInnen: Personen im Alter von 45 bis 50 Jahren werden bis zu zwei Jahren, Personen über 50 maximal drei Jahre beim FAB beschäftigt.

Schwerpunkt neben der Beschäftigung ist die fachmedizinische und sportliche Begleitung der TeilnehmerInnen. Das Gesundheitstraining wird von speziell ausgebildeten ExpertInnen durchgeführt und enthält sowohl die Vermittlung theoretischer Grundlagen als auch praktische Übungen.

„Wir stellen fest, dass bei einigen TeilnehmerInnen durch das Gesundheitsprogramm wesentliche Verbesserungen eintreten. Die TeilnehmerInnen werden motiviert, Bewegung und gesunde Ernährung zum fixen Bestandteil ihrer Freizeit- bzw. Lebensgestaltung zu machen“, erläutert Silvia Kunz. Das Projekt Triga arbeitet in enger Kooperation mit der OÖ Gebietskrankenkasse und ihren Einrichtungen.

Kooperation mit Wirtschaftsbetrieben

Das Arbeitsspektrum im sozialökonomischen Betrieb Triga umfasst die Bereiche Werbeassistent, Assembling bzw. Serienfertigung und Büroreinigung. Die Arbeitsbereiche und Kundenaufträge werden immer unter dem Gesichtspunkt der individuellen Möglichkeiten der TeilnehmerInnen bzw. Transitarbeitskräfte ausgewählt. Silvia Kunz: „Vor dem Hintergrund, dass künftig mehr Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen unsere Dienstleistungen und Unterstützungsangebote in Anspruch nehmen werden, ist für uns ein Ausbau der Kooperationen mit Wirtschaftsbetrieben ein nächster Schritt.“

In der Einstiegsphase wird geprüft, welche Arbeitsplätze für die TeilnehmerInnen geeignet sind. Nach zum Teil sehr langer Abwesenheit vom Arbeitsmarkt können die TeilnehmerInnen unter realen Arbeitsbedingungen neues Vertrauen in ihre Fähigkeiten gewinnen und positive Arbeitserfahrungen sammeln, was sich auch in den Übertrittszahlen vom Vorjahr widerspiegelt: Insgesamt sind 63 Personen aus der Einstiegsphase in den Sozialökonomischen Betrieb Triga gewechselt. Die Dienstverhältnisse wurden je nach Alter der TransitmitarbeiterInnen bei Eintritt in den Betrieb entweder auf 2 oder auf 3 Jahre verlängert. Bisher gab es noch keinen Ausstieg aus dem Sozialökonomischen Betrieb.

Projekt ChanceEnergie ermöglicht Vollzeit-Dienstverhältnis

Seit April des Vorjahres ermöglicht das Projekt ChanceEnergie ehemaligen Arbeitsuchenden, wieder im Arbeitsleben zu stehen. Im Auftrag der OÖ. Ferngas Netz GmbH sind sie nun als Gaszähler-Ableser in ganz Oberösterreich unterwegs. Sie stehen durch das von AMS und Land OÖ geförderte Projekt in einem fixen Dienstverhältnis zum FAB.

„Ältere Menschen dauerhaft vom Arbeitsmarkt auszuschließen, bedeutet eine enorme Verschwendung von beruflichem Know-how“, betont AMS-Landesgeschäftsführer Gerhard Straßer: „Alternativen, nämlich Arbeitsverhältnisse außerhalb des ersten Arbeitsmarktes anzubieten, werden von AMS und Land OÖ mit finanziellen Mitteln und in Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen gefördert. Es muss uns dabei gelingen, noch mehr Unternehmen dafür zu gewinnen, sinnvolle Tätigkeiten für ältere Arbeitsuchende zur Verfügung zu stellen.“

Beim Projekt ChanceEnergie werden jene arbeitssuchenden Menschen eingesetzt, die maximal drei Jahre vor ihrem Pensionsantritt stehen. Gerade für diese Leute ist es am Arbeitsmarkt schwierig, noch einen Job zu bekommen. Durch das Projekt mit der

OÖ. Ferngas Netz GmbH kann die Zeit bis zur Pension nun durch ein fixes Vollzeit-Dienstverhältnis mit dem FAB überbrückt werden. „Für die meist schon längere Zeit arbeitslosen Menschen, die beim FAB befristet angestellt sind, bedeuten Projekte wie dieses eine neue Chance. Durch ihren Einsatz gewinnen diese Menschen wieder an Selbstvertrauen, können ihre soziale Kompetenz und ihr Fachwissen erweitern und erlangen so wichtige Beitragsjahre für die Pension“, so FAB-Geschäftsführerin Kunz.

Das Projekt umfasst folgende Bereiche und Tätigkeiten: Die persönliche Zählerablesung bei den KundInnen vor Ort und das dazugehörige Back-Office, wo die von der Ferngas Netz GmbH erhaltenen Daten aufbereitet, die Touren der AbleserInnen geplant und die Terminverständigungen an die KundInnen verschickt werden. Nach den Ablesungen erfolgt die Zusammenführung und Übermittlung der Daten an die Ferngas Netz GmbH: Darüber hinaus wird eine Hotline für Fragen der Ferngas-KundInnen betrieben. Seit April des Vorjahres sind insgesamt neun Personen (davon eine Frau) als Gaszähler-Ableser in ganz Oberösterreich unterwegs. Drei weitere Frauen sind im Back-Office beschäftigt.

Projekt Chance P – In Würde in Pension gehen

Im Rahmen einer weiteren Integrationsmaßnahme, des FAB-Projekts „Chance P“, erhielten letztes Jahr 97 Arbeit suchende Menschen, die kurz vor der Pensionierung stehen, gleichfalls die Möglichkeit, die Zeit bis zum regulären Pensionsantritt mit einer sinnvollen Tätigkeit zu verbringen, und konnten so fehlende Versicherungszeiten erwerben.

Vor kurzem wurde eine Befragung von MitarbeiterInnen, die zum Erhebungszeitraum mindestens sechs Monate im Projekt waren – dies waren 48 Personen – durchgeführt. Die Befragungsergebnisse machen deutlich, dass bei der Ausgestaltung von Arbeitsmöglichkeiten im Rahmen von Beschäftigungsprojekten neben der

arbeits- und sozialrechtlichen Absicherung sowie der kollektivvertraglichen Entlohnung folgende Aspekte zu berücksichtigen sind:

- Freiwilligkeit im Zugang
- ausreichend Information der TeilnehmerInnen vor Projektantritt
- wohlwollender, wertschätzender Umgang
- Rücksichtnahme auf individuelle Voraussetzungen
- Rahmenbedingungen, die den Voraussetzungen der MitarbeiterInnen entsprechen

Die Befragten waren vor der Teilnahme beim Projekt „Chance P“ durchschnittlich 17 Monate ohne Dienstverhältnis. Rund die Hälfte (51%) der älteren MitarbeiterInnen hatte als Ausbildung einen Lehrabschluss. Rund ein Fünftel (21%) hatte höchstens die Pflicht-



Ein Schwerpunkt des Projekts Triga ist die fachmedizinische und sportliche Begleitung der TeilnehmerInnen. Foto: FAB

schule abgeschlossen. Drei Personen hatten ein abgeschlossenes Studium. Jeweils zwei Personen hatten keinen Schulabschluss, die Matura, eine Lehre ohne Abschluss bzw. eine 3-jährige Fachschule. Eine Person hatte als höchsten Abschluss einen Meisterbrief. Der höchste berufliche Status war bei 49 Prozent derjenige eines Angestellten. HilfsarbeiterInnen waren 16 Prozent, FacharbeiterInnen waren 14 Prozent, Selbständige 12 Prozent und angelernte ArbeiterInnen 9 Prozent.

Das wichtigste formale Kriterium für das seit 2005 bestehende Projekt „Chance P“ ist die dauerhafte

Beschäftigung bis zum Antritt der Pension, was bislang von 88 Prozent der Chance P-MitarbeiterInnen geschafft wurde. Erreicht wurde damit das erklärte Ziel, Menschen die Möglichkeit zu bieten, aus einem regulären Dienstverhältnis und nicht aus Arbeitslosigkeit in die Regelpension überzutreten und damit die Berufskarriere in Würde abzuschließen.

Quellen: FAB, Unterlagen zur Pressekonferenz vom 10.03.2014; Pressemitteilung des AMS OÖ, 06.09.2013

Vorschläge zur Bekämpfung der Altersarbeitslosigkeit

Quer durch alle Branchen haben viele ArbeitnehmerInnen Lücken von mehreren Jahren zwischen ihrem letzten Beschäftigungsverhältnis und dem Pensionsantritt. In dieser Zeit sind die Betroffenen überwiegend arbeitslos oder krank. Der oberösterreichische AK-Präsident Johann Kalliauer appelliert an die Unternehmen, ihrer Fürsorgepflicht nachzukommen und Jobs für Ältere bereitzustellen. Weiters spricht er sich für die Förderung sozialökonomischer Betriebe sowie für ein Bonus-Malus-System zur Beschäftigung Älterer aus.

Alt und krank – das ist leider noch immer häufig ein Kündigungsgrund. Unzählige Beispiele aus der AK-Rechtsberatung, wie jenes von Herrn D. aus dem Bezirk Grieskirchen (s.u.), würden belegen, dass manche Betriebe ihrer gesellschaftlichen Verantwortung hinsichtlich der Beschäftigung älterer ArbeitnehmerInnen noch immer nicht nachkommen, kritisiert AK-Präsident Kalliauer.

Ein Beispiel von vielen

Herr D. ist 57 Jahre alt und musste vor fünf Jahren seine langjährige Stelle als Montearbeiter bei seinem ehemaligen Dienstgeber aufgeben, weil die schwere

körperliche Arbeit seine Wirbelsäule stark angegriffen hatte. Er bewarb sich weiter und fand vor dreieinhalb Jahren glücklicherweise in einem anderem Betrieb der Region wieder eine Anstellung. Der Geschäftsführer stellte ihn mit den Worten ein, dass er „jemanden für längerfristig“ suche. Die neue berufliche Tätigkeit, die körperlich weniger anstrengend war und die Herr D. somit noch bis zur Pension hätte ausüben können, erfüllte er gewissenhaft, schnell und professionell. Auch über Wochenarbeitszeiten von bis zu 50 Stunden beschwerte er sich nicht. Vor kurzem musste sich Herr D. einer Operation im Brustbereich unterziehen und deshalb drei Wochen in Krankenstand gehen. Er hatte den OP-Termin extra in die Nebensaison gelegt. Kurz danach zitierte ihn der Geschäftsführer in sein Büro und legte ihm die Kündigung vor, ohne dies näher zu begründen. Mit 57 Jahren wird sich Herr D. jetzt am Arbeitsmarkt weiter bewerben müssen, weil ihm noch rund vier Jahre Beschäftigungszeit fehlen, bis er in Pension gehen kann.

Allgemeine Jobunsicherheit

„Einerseits gibt es seitens der Wirtschaft und der Politik die Forderung, das Pensionsalter zu erhöhen. Andererseits kündigen gleichzeitig die Unternehmen bevorzugt ältere und gesundheitlich angeschlagene Beschäftigte“, ärgert sich Kalliauer. Daneben gibt es in vielen Betrieben auch noch zu wenige Bemühungen, die Arbeitsbedingungen so zu gestalten, dass die älteren Beschäftigten ihren Job auch tatsächlich bis zur Pension ausüben können. Laut Österreichischem Arbeitsklima-Index hält es nur die Hälfte der ArbeitnehmerInnen über 50 Jahre (51%) für wahrscheinlich, dass sie ihre derzeitige berufliche Tätigkeit bis zur Pension ausüben kann. Ein Viertel der Über-50-Jähri-

gen hält dies für eher und ein knappes weiteres Viertel (24%) für sehr unwahrscheinlich.

Weg in Pension versperren ist keine Lösung

Die Statistiken des AMS zeigen: Es genügt nicht, älteren bzw. gesundheitlich angeschlagenen Personen den Weg in die Pension zu versperren, so Kalliauer: Die zahlreichen Pensionsreformen und zuletzt die Neugestaltung der Invaliditätspension („Reha statt Invaliditätspension“) bieten den Betroffenen keinen passenden Arbeitsplatz bis zum Erreichen des Regelpensionsalters. Ältere Beschäftigte und Personen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen zählen zu den benachteiligten Gruppen am Arbeitsmarkt. Sie haben Schwierigkeiten, ihren Arbeitsplatz zu behalten und nur geringe Chancen, im Fall der Arbeitslosigkeit einen neuen Job zu finden.

Während insgesamt in Oberösterreich die Arbeitslosigkeit im Februar (im Vergleich zum Vorjahr) um 9,7 Prozent angestiegen ist, hat sich die Zahl der über 50-jährigen Arbeitslosen mit einem Plus von 24,8 Prozent mehr als zweieinhalb Mal so stark erhöht. Bis April hat sich dieser Trend fortgesetzt: Die allgemeine Arbeitslosigkeit stieg um 18,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr und die Altersarbeitslosigkeit erhöhte sich um 33,3 Prozent.

Ältere in Beschäftigung halten

Das Hauptaugenmerk müsse darauf liegen, ältere ArbeitnehmerInnen im gewohnten Job auf dem ersten Arbeitsmarkt bis zur Pension in Beschäftigung zu halten. Aufgrund der realen Verhältnisse am Arbeitsmarkt erachtet Kalliauer aber eine Ergänzung durch Arbeitsplätze auf dem zweiten Arbeitsmarkt, z.B. in sozialökonomischen Betrieben, für notwendig. Entsprechende Projekte, etwa jene des FAB, würden zeigen, dass mehrjährige Transitarbeitsplätze eine gute Lösung für ältere Arbeitssuchende sind, die nur sehr schwer einen Job auf dem ersten Arbeitsmarkt finden. Bei diesen stehe oft nicht die Reintegration in den ersten Arbeitsmarkt im Vordergrund, sondern eine sinnvolle Beschäftigung bis zum Erreichen des Pensionsalters. Denn viele Betroffene seien nicht nur leistungswillig, sondern auch durchaus leistungsfähig. Für diese Zielgruppe könnten sich die Beschäftigungsprojekte sehr stark an der „normalen“ betrieb-



Ältere Beschäftigte und Personen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen haben nur geringe Chancen, im Fall der Arbeitslosigkeit einen neuen Job zu finden. Foto: FAB

lichen Realität und an marktgängigen Tätigkeiten orientieren.

Der AK-Präsident empfiehlt den Wirtschaftsbetrieben, mit diesen Projekten zu kooperieren. Dabei könnten sie lernen, wie altersgerechte Arbeitsplätze gestaltet werden können und wie auf gesundheitliche Einschränkungen im betrieblichen Alltag Rücksicht genommen werden kann. Voraussetzung, damit Beschäftigungsprojekte erfolgreich sein können, sei die Freiwilligkeit des Angebots, weil das die Motivation der TeilnehmerInnen fördere. Außerdem müssten eine optimale Verschränkung der beteiligten Institutionen und Betreuungsfelder (Beschäftigung, Gesundheitsförderung, Qualifizierung etc.) sowie eine klare, längerfristige Perspektive für die Betroffenen vorhanden sein.

Bonus-Malus-System umsetzen

Das im Regierungsprogramm vereinbarte Bonus-Malus-System könne die Chancen älterer ArbeitnehmerInnen erheblich verbessern. Deshalb müssten diese Pläne zügig realisiert werden: „Mit der Vorgabe von Mindestanteilen Älterer an allen Beschäftigten eines Betriebs müssen die Unternehmen ihre gesellschaftspolitische Verantwortung wahrnehmen. Entweder sie beschäftigen tatsächlich ausreichend viele ältere ArbeitnehmerInnen und Arbeitnehmer oder sie übernehmen zumindest einen Teil der sozialen Kosten der

Altersarbeitslosigkeit, die sie mit ihrer Personalpolitik verursachen", befindet Kalliauer.

Vor allem komme es auf die Gestaltung des Bonus-Malus-Systems an, damit die Betriebe tatsächlich mehr Ältere einstellen bzw. ältere KollegenInnen länger beschäftigen. Die aktuelle Formulierung im Regierungsübereinkommen findet Kalliauer noch verbesserungsbedürftig. So soll sich die geforderte Quote der über 55-jährigen Beschäftigten am jeweiligen Branchendurchschnitt orientieren. Damit besteht die Gefahr, dass Branchen, die bislang kaum ältere MitarbeiterInnen beschäftigt haben, einen vergleichsweise niedrigen Zielwert als Vorgabe erhalten und damit sozusagen für ihr bisheriges schlechtes Verhalten belohnt werden. Der oberösterreichische AK-Präsident hält deshalb einen allgemeinen Zielwert, der für alle Branchen gilt, für die bessere Variante.

Daneben sind die finanziellen Anreize bei Abweichungen von diesem Zielwert ausschlaggebend dafür, wie

sehr sich Unternehmen für die Beschäftigung Älterer interessieren. Die Arbeiterkammer hält hier Beträge in der Höhe zwischen 400 und 500 Euro monatlich für zielführend, spricht sich aber für eine variable Handhabung aus. Denn entscheidend für die Höhe dieser Beträge seien die damit bewirkten Beschäftigungseffekte. Je nach Reaktion der Betriebe sollten die Maluszahlungen, aber auch die Prämien rasch angehoben oder gesenkt werden können. „Es geht nicht um Einnahmen für das Finanzministerium, sondern um Arbeitsplätze für Ältere. Ältere Beschäftigte müssen Planungssicherheit in ihrem Leben haben. Ein fester Job und ein geregeltes Einkommen sind dafür absolute Grundbedingungen“, so Kalliauer abschließend.

Quellen: Unterlagen zur Pressekonferenz in der Arbeiterkammer Linz, 10.03.2014; AMS OÖ: Monatsinfo 4/2014

Die Fachkräfte der Zukunft?

Die duale Ausbildung in Oberösterreich aus der Perspektive von Unternehmen und Lehrlingen¹

Das duale System der Berufsausbildung erlebt momentan im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/2009 ein Revival. Während die Jugendarbeitslosigkeit in vielen Ländern Europas, und insbesondere in der südlichen Peripherie, dramatisch angestiegen ist, ist sie in Ländern wie Deutschland und Österreich auf einem relativ niedrigen Niveau geblieben. Dies wird nicht zuletzt auch auf das duale Ausbildungssystem in den letzten beiden Ländern zurückgeführt (Bliem et al. 2014; OECD 2013). Während es mittlerweile eine recht ansehnliche sozialwissenschaftliche Literatur zur beruflichen Aus- und Weiterbildung in international vergleichender Perspektive gibt (z.B. Ebner 2013; Busemeyer/Trampusch 2011), ist die Binnenperspektive der einzelnen Akteure im dualen System noch relativ unerforscht. Vor diesem Hintergrund untersuchte ein Forschungspraktikum an der Abteilung für Wirtschafts- und Organisationssoziologie der JKU Linz die duale Ausbildung am Beispiel von zwei Lehrberufen,

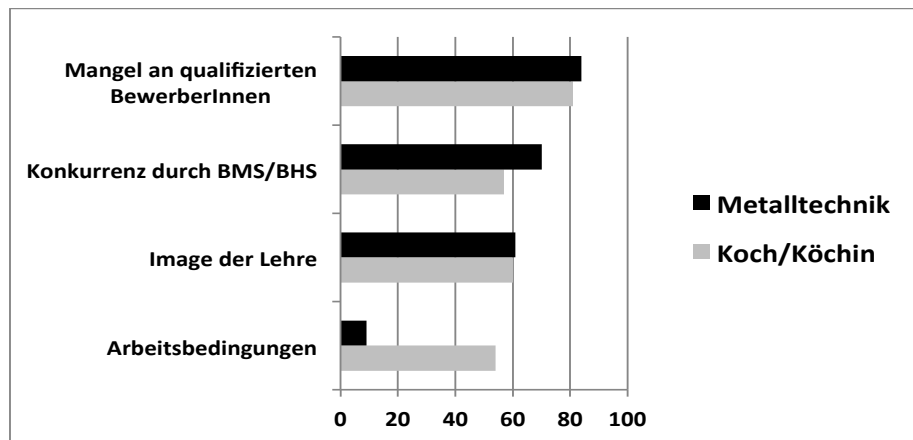
„Metalltechnik“ und „Koch/Köchin.“ Dabei wurden sowohl die Erfahrungen und Erwartungen von Unternehmen als auch die von Lehrlingen im Rahmen einer schriftlichen Befragung ermittelt.²

Die Ergebnisse der Befragungen zeichnen ein insgesamt positives Bild vom dualen System: Sowohl für Unternehmen als auch für Lehrlinge stellt die Lehre ein attraktives Ausbildungsmodell dar, welches Karrieremöglichkeiten eröffnet und die Qualifizierung von Fachkräften ermöglicht. Es zeigten sich aber auch Unterschiede zwischen beiden Ausbildungsberufen: In der Metalltechnik ist das klassische Modell der dualen Ausbildung mit der anschließenden Übernahme von Lehrlingen stärker verankert als in der Gastronomie. Zumindest bei einigen Lehrbetrieben in der Gastronomie scheint weniger die Ausbildung zukünftiger Fachkräfte im Vordergrund zu stehen als vielmehr die Nutzung von Lehrlingen als relativ billige Arbeitskräfte zur Aufrechterhaltung des aktuellen Tagesbetriebs.

Die duale Ausbildung in Oberösterreich

Oberösterreich gilt als das „Lehrlingsausbildungsland Nr. 1“: Gut 21 Prozent aller Lehrlinge in Österreich werden hier ausgebildet, mehr als in jedem anderen Bundesland (Dornmayr/Nowak 2011). Insgesamt wurden Ende 2013 knapp 27.000 Lehrlinge (zwei Drittel männlich; ein Drittel weiblich) in über 6.700 oberös-

Diagramm 1: Gründe für die Schwierigkeit, Lehrlinge zu finden: *Stimme eher zu/stimme voll zu*



Angaben in %; Befragte Unternehmen, N= 382

terreichischen Lehrbetrieben ausgebildet. 45 Prozent der Auszubildenden machten eine Lehre in der Sparte „Gewerbe und Handwerk“, gefolgt von „Industrie“ (18%) und Handel (14%). Bei den einzelnen Lehrberufen dominiert der Modullehrberuf „Metalltechnik“ (13%), gefolgt von „Einzelhandel“ (11%) und dem Modullehrberuf „Elektrotechnik“ (7%). In der Wahl des Lehrberufs gibt es eindeutige Unterschiede bei den Geschlechterpräferenzen: Knapp 50 Prozent aller weiblichen Lehrlinge entscheiden sich für drei Lehrberufe: Einzelhandel, Bürokauffrau und Friseurin/Perückenmacherin. Bei männlichen Lehrlingen sind die Top-Drei-Lehrberufe: Metalltechnik (13%), Einzelhandel (11%) und Elektrotechnik (7%) (WKO 2013).

Für die schriftliche Befragung wurde der Modullehrberuf Metalltechnik als der quantitativ bedeutsamste Ausbildungsberuf in Oberösterreich gewählt. Gleichzeitig wurde mit Koch/Köchin auch ein Dienstleistungsberuf gewählt, nicht zuletzt deshalb, weil dieser Beruf immer wieder mit schwierigen Arbeitsbedingungen in Verbindung gebracht wird (Kainrath 2012). Auf der Arbeitgeberseite wurde eine Vollbefragung von Unternehmen durchgeführt, die als Lehrbetriebe von der Wirtschaftskammer Oberösterreich in den beiden Ausbildungsberufen geführt werden. In der Metalltechnik wurden 489 Fragebögen verschickt, von denen 211 ausgefüllt zurückgeschickt wurden (Rücklaufquote: 43%). Für den Lehrberuf Koch/Köchin wurden 424 Fragebögen versandt, von denen 171 retourniert wurden (Rücklaufquote: 40%). Die Befragung von Jugendlichen fand an drei Berufsschulen in Linz und Umgebung statt. An der Befragung beteiligten sich 117 Kochlehrlinge und 85 Metalltechniklehr-

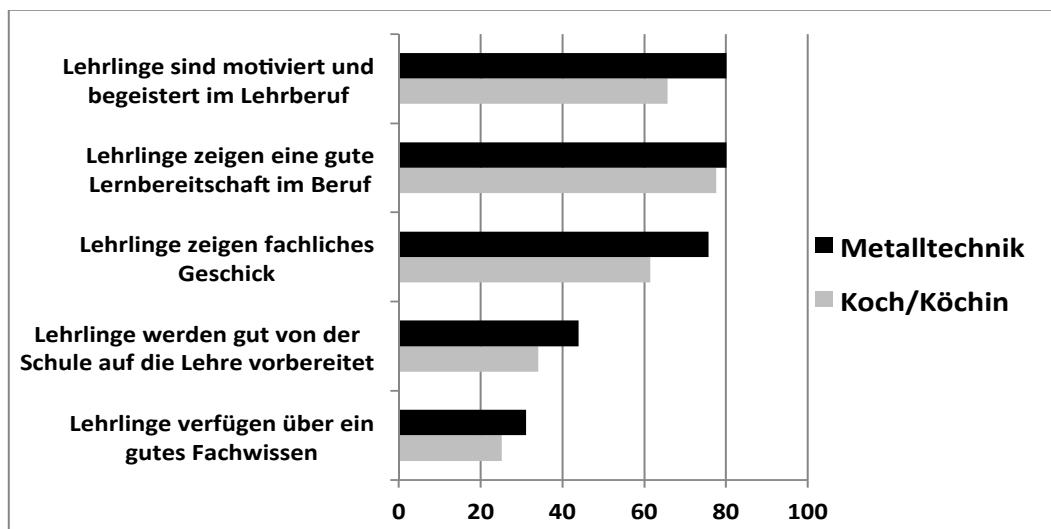
linge. Während bei den Kochlehrlingen der Anteil von Buben und Mädchen nahezu ausgeglichen war, waren in der Metalltechnik annähernd 100 Prozent der befragten Lehrlinge männlich.

Die Perspektive von Unternehmen

Die befragten Unternehmen äußerten sich allgemein positiv über das duale Ausbildungsmodell, insbesondere im Hinblick auf die Qualifizierung zukünftiger Fachkräfte. Allerdings gestaltet sich die Suche nach Lehrlingen nicht immer einfach: 70 Prozent der befragten Lehrbetriebe in der Metallbranche und 80 Prozent der Betriebe in der Gastronomie gaben an, dass es „sehr schwierig“ oder „eher schwierig“ ist, Lehrlinge für den jeweiligen Ausbildungsberuf zu finden. Als häufigster Grund wurde ein Mangel an qualifizierten BewerberInnen genannt, gefolgt von der Konkurrenz durch die Berufsbildenden Mittleren und Höheren Schulen (insbesondere in der Metalltechnik) und einem Imageproblem der Lehre (Diagramm 1). Auch waren annähernd 50 Prozent der Lehrbetriebe in der Gastronomie der Auffassung, dass die Arbeitsbedingungen in der Branche, insbesondere eine relativ niedrige Bezahlung und häufig unsoziale und lange Arbeitszeiten (Eurofound 2003), ein Grund sind, der die Suche nach Lehrlingen erschwert. Dies spiegelt auch die Erfahrungen von Lehrlingen wider, wie weiter unten diskutiert wird.

Es ist fast schon ein Gemeinplatz, dass Unternehmen über die angeblich zurückgehende Qualität von Lehrlingen klagen (z.B. Hadler 2013). Tatsächlich zeigt unsere Untersuchung ein differenzierteres Bild. Zwar waren zwei Drittel der befragten Betriebe in der

Diagramm 2: Befragte Unternehmen zu ihren Erfahrungen mit Lehrlingen:
Stimme eher zu/stimme voll zu



Angaben in %; N= 382

Gastronomie und 56 Prozent der Betriebe in der Metalltechnik der Auffassung, dass Lehrlinge nicht gut von der Schule auf die Lehre vorbereitet werden (vgl. auch Dornmayr et al. 2007). Im Gegensatz dazu fällt die Sichtweise auf die Einstellung und die Lernfähigkeit von Lehrlingen deutlich positiver aus: So waren knapp 80 Prozent aller befragten Lehrbetriebe der Auffassung, dass Lehrlinge eine gute Lernbereitschaft im Beruf zeigen (Diagramm 2). Dies legt nahe, dass tatsächliche oder vermeintliche schulische Defizit zumindest teilweise von der betrieblichen Ausbildung im Tandem mit dem Berufsschulunterricht kompensiert werden können.

Die wichtigsten Unterschiede zwischen den beiden Berufen zeigten sich beim Verbleib von Lehrlingen im Ausbildungsbetrieb. Während 25 Prozent der Gastronomiebetriebe berichteten, dass Lehrlinge bei ihnen „gelegentlich“ oder „sehr oft“ die Lehre abbrechen, war dies bei nur 6 Prozent aller Betriebe in der Metalltechnik der Fall. Noch gravierender war der Unterschied bei der Übernahme von Lehrlingen: In über 90 Prozent aller befragten Betriebe in der Metalltechnik werden Lehrlinge „sehr oft“ nach einem erfolgreichen Abschluss der Lehre übernommen, während dies bei nur knapp 30 Prozent aller Lehrlinge in der Gastronomie der Fall ist. Dies legt nahe, dass das klassische Modell der dualen Berufsausbildung mit dem Ziel der Qualifizierung zukünftiger Fachkräfte in der Industrie stärker verankert ist als in der Gastronomie, wo einige Lehrbetriebe „nicht ausbilden, sondern ausbeuten“

(in Hoang 2012). Zudem sind viele Beschäftigungsverhältnisse in der Gastronomie aufgrund der relativ weit verbreiteten Saisonarbeit nur kurzfristig und es gibt auch von der Beschäftigtenseite her eine größere Bereitschaft zur Mobilität und zum Jobwechsel, wie in der Folge diskutiert wird.

Die Perspektive von Lehrlingen

Ebenso wie auf der Unternehmensseite zeigte sich bei den befragten Lehrlingen eine positive Sichtweise auf die duale Ausbildung. Bei der großen Mehrheit der angehenden KöchInnen und MetalltechnikerInnen wird der erlernte Beruf als interessant und abwechslungsreich gesehen, da er zudem gute Aufstiegsmöglichkeiten bietet (Diagramm 3). Bei der Entlohnung zeigte sich eine höhere Zufriedenheit bei Lehrlingen der Metalltechnik, was darauf zurückzuführen sein dürfte, dass die Lehrlingsentschädigung mit 1.400 Euro (brutto) im vierten Lehrlingsjahr um einiges höher liegt als bei Kochlehrlingen (851 Euro).

Deutliche Unterschiede gibt es bei den konkreten Arbeitsbedingungen im Lehrbetrieb. Während in der Metalltechnik nur eine kleine Anzahl von Lehrlingen negative Arbeitserlebnisse erwähnte, berichteten knapp 30 Prozent der Kochlehrlinge, dass sie regelmäßig Überstunden machen müssen und knapp 40 Prozent haben manchmal das Gefühl, nur eine billige Arbeitskraft zu sein. Dies dürfte ein wesentlicher Grund dafür sein, dass ein Drittel aller Kochlehrlinge schon einmal darüber nachgedacht hat, den Betrieb zu wechseln.

Dies bestärkt die Annahme, dass zumindest bei einigen Lehrbetrieben in der Gastronomie weniger die Ausbildung zukünftiger Fachkräfte im Vordergrund steht als vielmehr die Verwendung von Lehrlingen zur Aufrechterhaltung des aktuellen Tagesbetriebs.

Auch hinsichtlich der zukünftigen beruflichen Vorstellungen gibt es deutliche Unterschiede zwischen den beiden Lehrberufen. Annähernd 90 Prozent der Lehrlinge in der Metalltechnik wollen nach Abschluss der Lehre weiterhin in ihrem erlernten Beruf arbeiten und von ihrem Lehrbetrieb übernommen werden. In der Gastronomie möchten zwar zwei Drittel der Kochlehrlinge in dem erlernten Beruf weiterarbeiten, allerdings möchten nur 30 Prozent von ihrem Betrieb übernommen werden (Diagramm 4, S. 20). Dies deutet wiederum darauf hin, dass die unmittelbaren Erfahrungen in Gastronomielehrbetrieben nicht nur positiv ausfallen. In der Branche gibt es nicht nur eine größere Bereitschaft zum Jobwechsel, sondern auch zur räumlichen Mobilität: Knapp 60 Prozent aller befragten Kochlehrlinge möchten gern im Ausland arbeiten. Diese Aspiration spiegelt durchaus den transnationalen Charakter einer Branche wieder, wo der Arbeitsmarkt zunehmend national entgrenzt ist (Eurofound 2003).

Auch noch erwähnenswert ist, dass gut 30 Prozent der Lehrlinge in der Metalltechnik und knapp 20 Prozent der Lehrlinge in der Gastronomie Pläne haben,

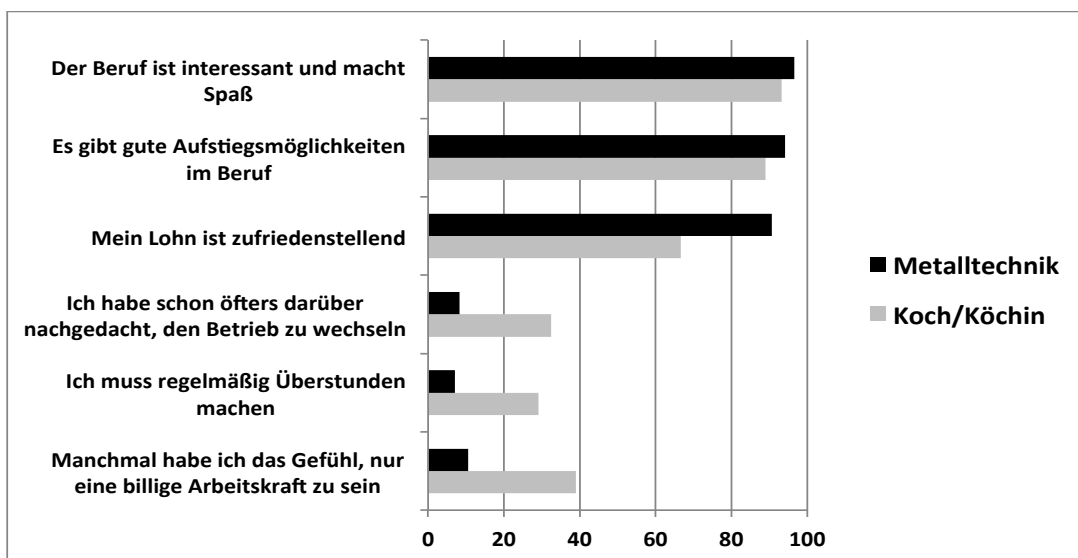
die Matura nachzuholen und ein Studium zu beginnen. Dies zeigt, dass Angebote wie „Lehre mit Matura“ durchaus attraktiv sind und auch angenommen werden. Insgesamt scheint Österreich bei der Modernisierung der dualen Berufsausbildung durch solche oder ähnliche Angebote wie die Doppellehre gut aufgestellt zu sein, um die berufliche Erstausbildung auf eine breitere Basis zu stellen (Ebner 2013).

Schlussfolgerungen

Die Ergebnisse der schriftlichen Befragungen legen nahe, dass für beide Seiten des Ausbildungsverhältnisses die Lehre ein zukunftsfähiges Modell darstellt. Für Unternehmen insbesondere in der Industrie steht die Ausbildung zukünftiger Fachkräfte im eigenen Betrieb im Mittelpunkt. Für Jugendliche bietet die Lehre die Aussicht auf einen relativ sicheren Arbeitsplatz mit Aufstiegsmöglichkeiten. Allgemein kann an dieser Stelle festgehalten werden, dass das duale System mit seiner Kombination aus betrieblicher und schulischer Bildung immer noch einen guten Übergang in das Berufsleben gewährleistet (vgl. auch Bosch 2014).

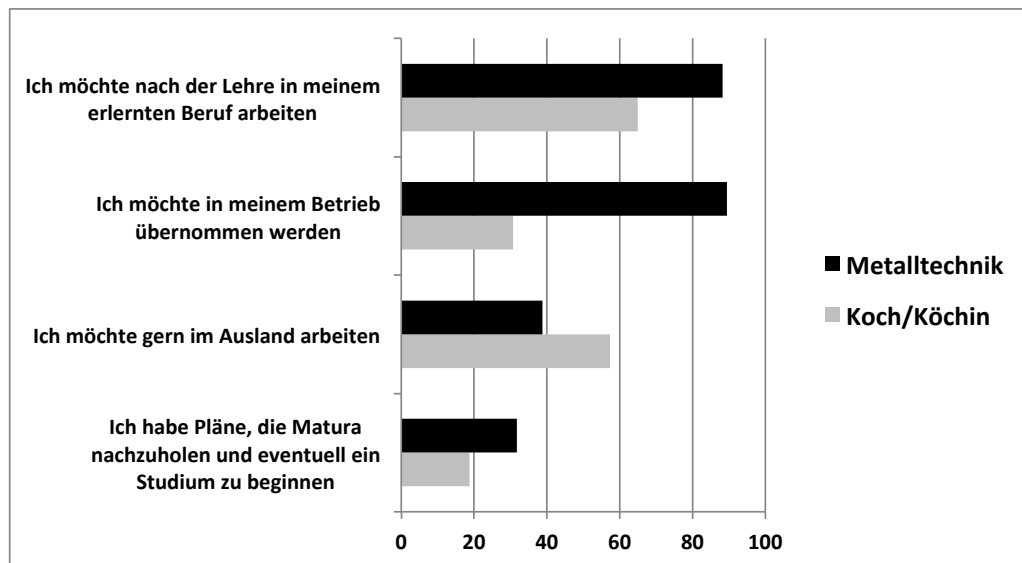
Nichtsdestotrotz besteht Reformbedarf. Diese Studie legt nahe, dass die Qualitätskontrolle von Lehrbetrieben insbesondere in der Gastronomie verbessert werden sollte. Zumindest in einigen Gastronomiebetrieben scheint die Ausbildung von Lehrlingen zugunsten von nicht ausbildungsadäquaten Tätigkeiten vernachlässigt zu werden. Hier ist Handeln geboten, um einer

Diagramm 3: Befragte Lehrlinge zu ihren Erfahrungen im Ausbildungsberuf: Stimme eher zu/stimme voll zu



Angaben in %; N= 202

**Diagramm 4: Befragte Lehrlinge zu ihren Vorstellungen für die Zeit nach der Lehre:
Trifft voll zu/trifft eher zu**



Angaben in %; N= 202

Zweckentfremdung der dualen Berufsbildung Einhalt zu gebieten.

Auch scheint eine bessere Verzahnung zwischen der allgemeinen Pflichtschule und der beruflichen Ausbildung erstrebenswert, insbesondere auch, um lernschwächere SchülerInnen zu erreichen. Zwar wird Österreich momentan für sein duales Ausbildungssystem europaweit beneidet, aber auch hier ist es keineswegs so, dass allen Jugendlichen der Schritt in die berufliche Ausbildung gelingt. Eine jüngst veröffentlichte Studie geht davon aus, dass in den letzten Jahren durchschnittlich knapp 80.000 Jugendliche im Alter von 16-24 Jahren in Österreich weder in Beschäftigung noch in (Aus-)Bildung oder Training waren (Bacher et al. 2013). Die Einführung der Ausbildungsgarantie 2009 und der Ausbau der überbetrieblichen Berufsausbildung ist ein Schritt in die richtige Richtung. Letztendlich wird es der Lackmustest der Berufsbildung sein, inwieweit auch lernschwächere SchülerInnen erreicht werden können, um die Erfolgsgeschichte der dualen Ausbildung fortzuschreiben.

*Torben Krings
Institut für Soziologie
JKU Linz*

Anmerkungen

- 1 Dieser Artikel basiert auf einem Forschungspraktikum zur dualen Ausbildung in Oberösterreich, welches im Sommer- und Wintersemester 2012/2013 an der JKU Linz durchgeführt wurde. Ohne das Engagement und die aktive Mitarbeit von Florian Bauer, Cornelia Brendli, Ana-Marija Cicak, Alexander Grömmner, Carolina Probst, David Vogl und Magdalena Zweckmayr wäre dieses Projekt und dieser Artikel nicht zustande gekommen.
- 2 An dieser Stelle sei dem Linzer Hochschulfonds für die finanzielle Unterstützung für dieses Forschungsprojekt gedankt.

Literatur

- Bacher, J., Tamesberger, D., Leitgöb, H. und Lankmayer, T. (2013) NEET-Jugendliche: Eine neue arbeitsmarktpolitische Zielgruppe in Österreich, in WISO 4/2013: 103-131.
- Bliem, W., Schmid, K. und Petanovitsch, A. (2014) Erfolgsfaktoren der dualen Ausbildung: Transfermöglichkeiten. ibw-Forschungsbericht Nr. 177. Wien: Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft.
- Bosch, G. (2014) Facharbeit, Berufe und berufliche Arbeitsmärkte, in WSI Mitteilungen 1/2014: 5-13.
- Dornmayr, H., Wieser, R. und Henke, S. (2007) Einstiegsqualifikationen von Lehrstellensuchenden. Endbericht. Wien: Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft/ Österreichisches Institut für Berufsbildungsforschung.
- Dornmayr, H. und Nowak, S. (2011) Lehrlingsausbildung im Überblick 2011: Strukturdaten, Trends und Perspektiven. ibw-Forschungsbericht Nr. 163. Wien: Institut für

- Bildungsforschung der Wirtschaft.
- Ebner, C. (2013) Erfolgreich in den Arbeitsmarkt? Die duale Berufsbildung im internationalen Vergleich. Frankfurt/ New York: Campus Verlag.
- Eurofound (2003) EU Hotel and Restaurant Sector: Work and Employment Conditions. Dublin: European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions.
- Hadler, S. (2013) Die Karriere der Lehre, Online unter: <http://orf.at/stories/2177419/2176816/> (zuletzt eingesehen am 1. März 2014).
- Hoang, K. S. (2012) Lehrberuf Kellner: Ein schlechtes Image und seine Folgen, in Der Standard, 11.11. 2012.
- Kainrath, V. (2012) Lehrlinge bis aufs Letzte ausquetschen, in Der Standard, 6.11. 2012.
- OECD (2013) Education at a Glance: OECD Indicators. Paris: Organisation for Economic Co-Operation and Development.
- Busemeyer, M.R. und Trampusch, C. (Hrsg.) (2011) The Political Economy of Collective Skill Formation. Oxford: Oxford University Press.
- WKO (2013) Lehrlingsstatistik OÖ 2012. Online unter: https://www.wko.at/Content.Node/Service/Bildung-und-Lehre/ooe/Karrierereport_2012_lang_WKOOE_Lehrvertragsservice.pdf (zuletzt eingesehen am 1. März 2014).

Arbeitsmarktferne Personen: kaum Chancen auf regulären Arbeitsplatz

Gibt es noch eine Zielgruppe für öffentlich geförderte Beschäftigung? Wenn ja, wer sind diese am Arbeitsmarkt nahezu chancenlosen Menschen und wie viele sind es in Deutschland? WissenschaftlerInnen des Instituts für Bildungs- und Sozialpolitik (IBUS) der Hochschule Koblenz haben den potenziellen Personenkreis definiert und berechnet. Ergebnis: Mehr als 435.000 Menschen in Deutschland sind so „arbeitsmarktfern“, dass ihre Chancen auf einen regulären Arbeitsplatz gegen Null gehen. Gleichzeitig zeigen diese Menschen eine hohe Arbeitsmotivation und fühlen sich zunehmend gesellschaftlich ausgegrenzt. Zusammen mit ihnen leben mehr als 300.000 Kinder, die von der Situation ihrer Eltern betroffen sind.

Bei einer vergleichsweise niedrigen Arbeitslosenquote und einer steigenden Zahl Erwerbstätiger hat die deutsche Politik die Förderung von (Langzeit-)Arbeitslosen in den letzten Jahren zunehmend reduziert. Wohlfahrtsverbände und Oppositionsparteien kritisie-

ren bereits seit längerem, dass das zu kurz gedacht ist, denn nicht bei allen kommt der Aufschwung an. Je mehr sich die Arbeitslosigkeit abbaut, desto deutlicher wird: Es bleibt ein Kreis von Arbeitslosen, die so „arbeitsmarktfern“ sind, dass sie kaum Perspektiven auf einen regulären Arbeitsplatz haben. Bei diesen Personen können öffentlich geförderte Arbeitsplätze helfen, erste Schritte in Richtung regulärer Arbeitsverhältnisse zu machen und gesellschaftliche Ausgrenzung zu überwinden.

Was bedeutet „arbeitsmarktfern“?

Doch wie groß ist der Personenkreis der Arbeitsmarktfernen überhaupt und was bedeutet „arbeitsmarktfern“? Die Schätzungen reichten bisher von etwa 50.000 bis zu rund einer Million Menschen. Aktuelle und statistisch verlässliche Zahlen für Deutschland lagen allerdings nicht vor. Diese Lücke schließt nun eine Studie des Instituts für Bildungs- und Sozialpolitik (IBUS) der Hochschule Koblenz in Zusammenarbeit mit der Initiative Pro Arbeit.¹ Unter der Leitung von Professor Stefan Sell haben Tim Obermeier und Birte Tiedemann den Personenkreis definiert und ihre Größe statistisch repräsentativ berechnet. Grundlage ist das jährlich durchgeführte Panel Arbeitsmarkt und Soziale Sicherung (PASS) des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), für das mehr als 15.000 Personen in 10.000 Haushalten befragt werden. Das Ergebnis: Über 435.000 Menschen in Deutschland

¹ Obermeier, Tim; Sell, Stefan und Tiedemann, Birte: Messkonzept zur Bestimmung der Zielgruppe für eine öffentlich geförderte Beschäftigung. Methodisches Vorgehen und Ergebnisse der quantitativen Abschätzung. Remagener Beiträge zur Sozialpolitik 14-2013

Zeiten in Beschäftigungslosigkeit nach Zahl der Vermittlungshemmnisse (26 – 60 Jährige)				
	Zeit in Beschäftigungslosigkeit			Total
	unter 50 Prozent	über 50 bis unter 90 Prozent	über 90 Prozent	
4 und mehr Vermittlungshemmnisse	15.217	40.417	435.178	490.812

www.o-ton-arbeitsmarkt.de

gelten als arbeitsmarktfremd und können damit zur Zielgruppe für öffentlich geförderte Beschäftigung gezählt werden.

Arbeitsmarktfremde Personen mit extrem geringen Chancen am Arbeitsmarkt definieren die Wissenschaftler dabei als Arbeitslosengeld II-BezieherInnen zwischen 26 und 60 Jahren, die zum Befragungszeitpunkt und auch in den vorherigen drei Jahren überwiegend (mehr als 90 Prozent der Zeit) nicht gearbeitet haben. Haben diese Personen zusätzlich mindestens vier so genannte „Vermittlungshemmnisse“, zählen sie zu der Zielgruppe.

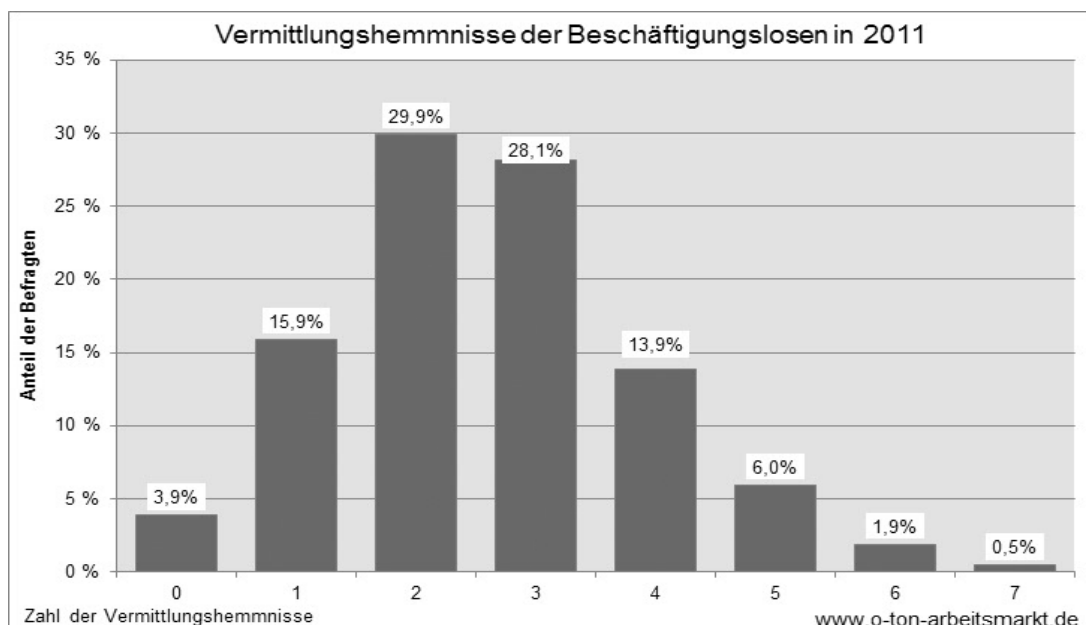
Neun der statistisch erfassbaren Vermittlungshemmnisse legten Obermeier und Tiedemann fest: Ein Alter über 50 Jahre, alleinerziehend zu sein, Angehörige zu pflegen, Migrationshintergrund, geringe Deutschkenntnisse, ein fehlender Schul- und/oder Ausbildungsabschluss, schwerwiegende gesundheitliche Einschränkungen sowie Langzeitarbeitslosigkeit im Sinne eines durchgängigen Bezuges von Arbeitslosen-

geld II seit mindestens 12 Monaten. Diese Hemmnisse erschweren den Zugang zum Arbeitsmarkt deutlich, besonders wenn sie gehäuft auftreten. Die betrachteten Personen haben durchschnittlich 2,6 Hemmnisse. Fast 50 Prozent der untersuchten Personen haben zwei oder drei Hemmnisse, mehr als ein Fünftel mindestens vier der untersuchten neun Hemmnisse.

Diese Eingrenzung sei allerdings sehr restriktiv, erklärt Studienleiter Stefan Sell. Zahlreiche persönliche Vermittlungshemmnisse, beispielweise das äußere Erscheinungsbild oder Suchtverhalten, seien statistisch auch mit PASS nicht zu erfassen. Die berechnete Zahl von mehr als 435.000 Personen sei daher als „Untergrenze der Grundgesamtheit für öffentlich geförderte Beschäftigung“ zu verstehen.

Hohe Arbeitsmotivation

Neben der Größe des für öffentlich geförderte Beschäftigungsmaßnahmen infrage kommenden Personenkreises untersuchten die ForscherInnen auch den



Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und sozialer Teilhabe. Das Ergebnis: Beschäftigungslose fühlen sich weniger als Teil der Gesellschaft. Arbeitslosigkeit führe also zu einer wahrgenommenen gesellschaftlichen Ausgrenzung. Dieses Gefühl werde zudem stärker, je länger die Menschen bereits ohne Arbeit sind.

Hinzu komme, dass Arbeit für Beschäftigungslose einen hohen Stellenwert einnimmt. Der Aussage: „Arbeit zu haben ist das wichtigste im Leben“ stimmen sie sogar deutlich stärker zu als Beschäftigte, heißt es in der Studie. Von einer mangelnden Arbeitsmotivation könne also nicht gesprochen werden. Gleiches gelte für die These vom Einrichten in der Arbeitslosigkeit, denn „mit zunehmender Dauer der Beschäftigungslosigkeit nimmt die Arbeitsmotivation nicht ab, sondern bleibt auf hohem Niveau“.

Teilhabeorientierte Ausgestaltung der Arbeitsmarktpolitik gefordert

Die ForscherInnen resümieren daher: Vor dem Hintergrund der hohen Arbeitsbereitschaft und der gesellschaftlichen Exklusion, welche die Arbeitsmarktfernen erleben, ginge es bei der Diskussion um das Für und Wider eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors daher in erster Linie um die Frage, ob

eine „teilhabeorientierte Ausgestaltung der Arbeitsmarktpolitik“ gewünscht sei oder man den „harten Kern der Langzeitarbeitslosen im passiven Transferleistungsbezug auf Dauer stilllegen“ wolle. Diese Frage sei auch deshalb von Brisanz, weil in den Haushalten der arbeitsmarktfernen Personen über 300.000 Kindern leben, die von der Langzeitarbeitslosigkeit der Eltern betroffen sind.

Insgesamt sei es unhaltbar, dass sich öffentlich geförderte Beschäftigung inzwischen nahezu ausschließlich auf die umgangssprachlichen „Ein-Euro-Jobs“ beschränke, die nur kurzfristige Beschäftigung der Betroffenen ermöglichen und zudem in ihrer Ausgestaltung nichts mit regulären Arbeitsplatzverhältnissen zu tun hätten. Nötig sei ein ganzes „Spektrum an ineinander greifenden Förderoptionen“, darunter nicht nur die „Ein-Euro-Jobs“, sondern auch höherwertige sozialversicherungspflichtige und längerfristige Arbeitsverhältnisse als freiwilliges Angebot an die potentiellen Teilnehmer, befindet Stefan Sell.

Quellen: Pressemitteilung der Hochschule Koblenz, 08.11.2014; <http://www.o-ton-arbeitsmarkt.de>, 08.11.2013

Arbeitsmarktderegulierung bewirkt keine Reduktion der Arbeitslosigkeit

Eine Deregulierung des Arbeitsmarktes soll aus Sicht angebotsorientierter Ökonomen das Wirtschaftswachstum beschleunigen. Die Empirie spricht nicht dafür, dass dies funktioniert. Der Grund: Hire and fire statt stabiler Jobs bremst Innovationen, zeigt eine aktuelle Untersuchung im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung.

Die weniger regulierten Arbeitsmärkte der angelsächsischen Länder wurden in Zentraleuropa lange als Vorbild gepriesen und stehen nun Modell für sogenannte „Strukturreformen“ in Südeuropa. Dahinter steht die Vorstellungswelt der neoklassischen Ökonomie: Je

geringer die Bedeutung von Arbeitsschutzgesetzen, Kündigungsschutz sowie von zentral statt individuell ausgehandelten Löhnen ist, desto weniger bringen vermeintliche „Störfaktoren“ die Wirtschaft aus dem Gleichgewicht. Ist diese Theorie in der Praxis haltbar? Das hat Alfred Kleinknecht, Wirtschaftsprofessor an der Universität Delft und Senior Fellow am Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung, mit einigen ForscherkollegInnen untersucht. Das Ergebnis: Ökonomien mit unterschiedlich organisierten Arbeitsmärkten haben sich in der Vergangenheit durchaus unterschiedlich entwickelt. Aber weniger Regeln bedeuten weder mehr Wirtschaftswachstum noch weniger Arbeitslosigkeit.

Zwei Ländergruppen verglichen

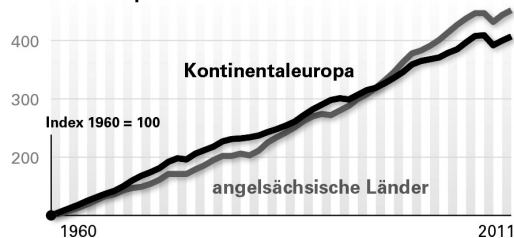
Für ihre Untersuchung, die in den WSI-Mitteilungen erschienen ist,¹ haben die ForscherInnen zwei Gruppen von Ländern gebildet. Die eine repräsentiert das

¹ Kleinknecht A., Naastepad C.W.M., Storm S., Vergeer R.: Schadet die Flexibilisierung des Arbeitsmarkts der Innovation? In: WSI-Mitteilungen 4/2013, S. 229-238

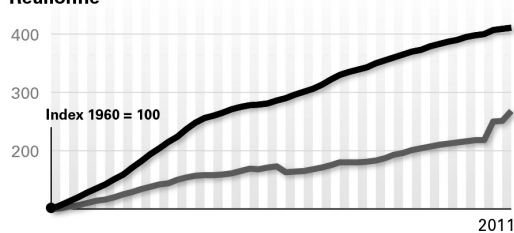
Deregulierter Arbeitsmarkt: Länger arbeiten für weniger Geld

So entwickelten sich ...

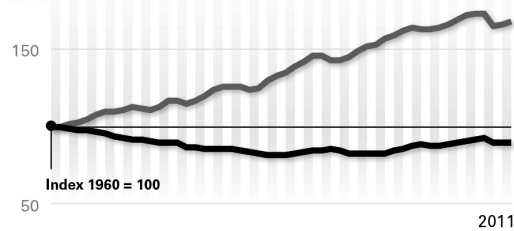
Bruttoinlandsprodukt



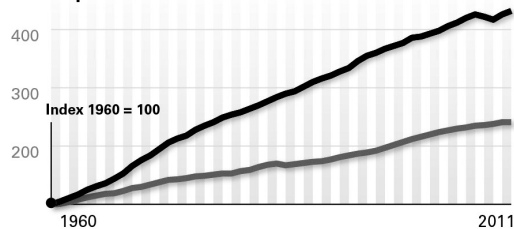
Reallöhne



Arbeitsstunden



Arbeitsproduktivität



Quelle: Kleinknecht u.a. 2013 | © Hans-Böckler-Stiftung 2013

liberale Modell (Liberal Market Economies / LME), das durch folgende Faktoren charakterisiert ist: lockerer Kündigungsschutz, niedrige Sozialleistungen, schwache Gewerkschaften, dezentrale Lohnverhandlungen, ausgeprägte Einkommensunterschiede. Darunter fallen die USA, Großbritannien, Kanada, Australien und Neuseeland. Die andere Gruppe besteht aus den so genannten „koordinierten Marktwirtschaften“ (bzw. Coordinated Market Economies / CME) Deutschland, Frankreich, Italien, Belgien, den Niederlanden, Österreich, Spanien, Portugal, Dänemark, Schweden und Finnland.

Dann haben die WissenschaftlerInnen verglichen, wie sich die Wirtschaft in den beiden Ländergruppen von 1960 bis heute entwickelt hat. Es zeigt sich (siehe Grafiken links):

- In puncto Wirtschaftswachstum gibt es keinen nennenswerten Unterschied zwischen liberalen und koordinierten Marktwirtschaften.
- Die Reallöhne stiegen in Kontinentaleuropa schneller als in angelsächsisch geprägten Ländern.
- Die Zahl der Arbeitsstunden nahm dagegen in den liberalen Ländern deutlich zu, während sie im „alten Europa“ stagnierte.
- Die Arbeitsproduktivität wuchs in Ländern wie Deutschland, Frankreich und Italien deutlich schneller.
- Offenbar, so die ForscherInnen, produzieren beide Modelle in etwa die gleiche Wirtschaftsleistung, das liberale benötigt dazu wegen des geringeren Wachstums der Produktivität jedoch mehr - und schlechter bezahlte - Arbeitsstunden.

Höhere Arbeitslosenquote trotz größeren Arbeitsvolumens

Gibt es in den liberalen Marktwirtschaften wegen des höheren Arbeitsaufwands zumindest weniger Erwerbslose? Empirisch bestätigt sich diese Vermutung nicht: Kleinknecht und seine Koautoren haben die durchschnittlichen Arbeitslosenquoten der Jahre 1970 bis 2010 berechnet und kommen für die USA, Großbritannien, Kanada und Australien auf 6,9 Prozent. Die Vergleichsgruppe mit Ländern wie Deutschland, Frankreich und Italien lag mit 6,3 Prozent knapp darunter (vgl. Tabelle 1).

Mögliche Gründe für dieses Phänomen – etwas höhere Arbeitslosenquote trotz deutlich größeren Arbeitsvolumens – liegen der Untersuchung zufolge in einer Vergrößerung des Arbeitsangebots durch eine großzügige Einwanderungspolitik sowie in Unterschieden bei den individuellen Arbeitszeiten: „Für Arbeitgeber kann es vorteilhafter sein, das Personal länger arbeiten zu lassen, anstatt neues einzustellen. Die flexiblen Arbeitsmarktinstitutionen in den angelsächsischen Ländern geben den Arbeitgebern mehr Macht, längere Arbeitszeiten durchzusetzen.“ Zwischen 1990 und 2010 arbeiteten die Beschäftigten hier durchschnittlich 1.739 Stunden im Jahr, 165 mehr als in den kontinentaleuropäischen Ländern.

Außerdem haben die WissenschaftlerInnen Studien unter die Lupe genommen, die empirisch nachweisen wollen, dass „Arbeitsmarktrigiditäten“ die Arbeitslosigkeit erhöhen, etwa eine viel zitierte Untersuchung

Tabelle 1: Durchschnittliche Arbeitslosigkeit 1970 – 2010

<i>Liberaler Marktwirtschaften</i>	<i>Arbeitslosigkeit in %</i>	<i>Koordinierte Marktwirtschaften</i>	<i>Arbeitslosigkeit in %</i>
Kanada	7,7	Frankreich	7,5
Großbritannien	7,2	Italien	7,0
Australien	6,3	Deutschland	6,2
USA	6,3	Niederlande	6,1
		Schweden	4,7
<i>Durchschnitt</i>	<i>6,9</i>	<i>Durchschnitt</i>	<i>6,3</i>

Angaben in Prozent der Erwerbstätigen. Quelle: Kleinknecht et al 2013

von Stephen Nickell und anderen über Erwerbslosigkeit und Arbeitsmarktinstitutionen in OECD-Ländern seit den 1960er-Jahren.² Die Ergebnisse von Nickell et al. implizieren im Übrigen, dass die Gewerkschaften mit ihrer Opposition gegen die Deregulierung des Arbeitsmarktes eigentlich asozial seien, da sie die Privilegien der „Insider“ mit gesicherten Arbeitsplätzen verteidigen und Barrieren errichten würden, welche die „Outsider“ nicht überwinden könnten. Kleinknecht und sein Team kommen jedoch zu dem Schluss, dass der behauptete Zusammenhang zwischen einem rigiden Arbeitsmarktregime und Arbeitslosigkeit „nicht robust“ ist. Das heißt: Verändert man nur kleine Details der Schätztechnik oder den Beobachtungszeitraum, bleibt von den Ergebnissen nichts übrig.

Der wirkliche Unterschied zwischen liberalen und koordinierten Marktwirtschaften liege insofern nicht in den Arbeitslosenzahlen, sondern in den Einkommensunterschieden, so Kleinknecht et al, denn die angelsächsischen Länder haben zweifellos eine stärkere Tendenz zu mehr Ungleichheit in der Einkommensverteilung. Beispielsweise stieg der Anteil des reichsten Prozents der AmerikanerInnen zwischen 1976 und 2007 von 8,9 auf 23,5 Prozent des Nationaleinkommens. In Europa habe die Ungleichheit hingegen erheblich weniger stark zugenommen.

Innovativ dank sicherer Arbeitsplätze

Das „alte Europa“ bzw. der „rheinländische Kapitalismus“ sei, so die StudienautorInnen, innovativ dank sicherer Arbeitsplätze. Dass Kontinentaleuropa bei Wachstum und Beschäftigung trotz höherer Löhne und kürzerer Arbeitszeiten mithält, kann die neoklassische Theorie nicht erklären. Es gibt aber andere Ansätze: Zentral ist den WissenschaftlerInnen zufolge das Thema Innovation. Eine routinierte, ständige

2 Nickell S., Nunziata L., Ochel W.: Unemployment in the OECD since the 1960s. What do we know? In: Economic Journal 115 (1/2005), S. 1-27

Verbesserung von Produkten und Arbeitsabläufen sei in einem Wirtschaftsmodell mit stabilen Arbeitsbeziehungen besser zu organisieren als unter einem Hire-and-fire-Regime.³

Hohe Motivation der MitarbeiterInnen, Loyalität gegenüber dem Arbeitgeber, lange Betriebszugehörigkeiten und Akkumulation von Spezialkenntnissen und personengebundenem Erfahrungswissen („tacit knowledge“), Bereitschaft zur Weiterbildung, weniger Aufwand für die Überwachung der Beschäftigten und Einarbeitung neuer MitarbeiterInnen sowie ArbeitnehmerInnen, die auf Missstände aufmerksam machen können, ohne ihren Job zu riskieren – dies seien die Erfolgsfaktoren einer vermeintlich „unflexiblen“ Wirtschaft, deren Beschäftigte mit der Rückendeckung eines wirksamen Kündigungsschutzes und eines ausgebauten Sozialstaats arbeiten. So erklärt sich für das Forscherteam um Professor Kleinknecht, warum koordinierte Marktwirtschaften produktiver arbeiten, wie viele empirische Untersuchungen bestätigen.

Entsprechend warnen die ForscherInnen: „Die Deregulierung von Arbeitsmärkten hat ihren Preis.“ Es sei nicht beides zugleich zu haben: hochproduktive Betriebe und billige, stets austauschbare Arbeitskräfte.

Quellen: Pressemitteilung der Hans-Böckler-Stiftung, 16.10.2013; Böckler Impuls 11/2013

3 Mit dem europäischen Wirtschafts- und Sozialmodell befasst sich auch das neue E-Book „Roadmap to a Social Europe“ des Social Europe Journals, herausgegeben u.a. von Brigitte Unger, der Wissenschaftlichen Direktorin des WSI. Unter den Autoren sind u.a. Jürgen Habermas und Zygmunt Bauman, deutsche und europäische Gewerkschafter sowie zahlreiche Ökonominnen und SozialwissenschaftlerInnen. Download: www.social-europe.eu/wp-content/uploads/2013/10/eBook.pdf

Sozialmärkte als Antwort auf Armut und Wegwerfkultur

Sozialmärkte legen den Finger auf zwei Wunden unserer Gesellschaft: Sie kritisieren unsere Wegwerfmoral und verweisen auf die zunehmende Armut. Eine empirische Studie im Rahmen eines soziologischen Forschungspraktikums an der Johannes Kepler Universität (JKU) hat die Arbeit der Sozialmärkte in Oberösterreich aus Sicht der Kundinnen und Kunden beleuchtet.

Wider die Wegwerfkultur

Den Gütern, die unsere Massenproduktion hervorbringt, kann kein Respekt beschieden sein – so argumentiert Marianne Gronemeyer in ihrem Buch „Die Macht der Bedürfnisse“. Unser Tätig-Sein schreibt sich in unsere Welt ein. Das, was wir bei der Herstellung in die Dinge hineinlegen, schallt uns später entgegen. Körper und Gegenstände sprechen zu uns, weil sie sich die Geschichte einverleiben. Folglich: „Was verschwenderisch und rücksichtslos hergestellt wurde, gebiert neue Verschwendungssucht und Rücksichtslosigkeit. Was auf nackte Zweckmäßigkeit und Effizienz reduziert wurde, reduziert auch die Menschen, die damit Umgang haben, auf nackte Zweckmäßigkeit und Effizienz“ (Gronemeyer 2009: 174).

Lebensmittel als Müll auszumustern, ist für das Gros der älteren Generation und für viele Menschen in ärmeren Ländern undenkbar. Den Grund hierfür dürfen wir – die Eingangsworte ernst nehmend – nicht (nur) in der erlebten Not und Entbehrung suchen: Die Vermutung liegt nahe, dass sie zumindest in einer Phase ihres Lebens den Produktionsprozess ihrer Nahrungsmittel näher wahrnahmen als der „konsumorientierte Mensch“, ja vielleicht sogar daran mitwirkten und teilnahmen. Die Mühe und Kraft zu erleben, die es für den Anbau von Getreide und Gemüse oder für die Pflege von Tieren braucht, schafft Wertschätzung und Respekt – für die Produzenten, die Dinge und wohl zugleich sich selbst gegenüber. Doch mittlerweile leben viele Menschen in Entfremdung und wurden – in den Worten von Gronemeyer – ihrer „Daseinsmächtigkeit“ (ebd. 27) beraubt. Heute werden Dinge meist nur im fertigen Endzustand präsentiert, eine echte Auseinandersetzung mit den Erzeugnissen bleibt aus.

Standardisierte Produkteigenschaften treten in den Vordergrund. Ein Sensorium für einen achtungsvollen Umgang kann man so nur schwer entwickeln. Zumindest für Lebensmittel und Produkte des täglichen Bedarfs können Sozialmärkte einen Teil dieser Achtung zurückgewinnen. Waren, die den Standards des Massenkonsums nicht mehr entsprechen, weil sie etwa Verpackungsfehler oder leichte Beschädigungen aufweisen, aber in ihren grundlegenden Eigenschaften als vollwertig gelten können, werden an Menschen in Armutslagen verbilligt abgegeben. Diese „Gebrauchswertorientierung“ verweist auch auf den Unterschied zwischen Mindesthaltbarkeitsdatum und Verbrauchsdatum. Produkte sind selbst nach dem Mindesthaltbarkeitsdatum in der Regel ohne Qualitätsverlust konsumier- und brauchbar! (siehe Infobox)

Armut

Armutsgrenzen haben immer den Zweck, Arme von „Nicht-Armen“ zu unterscheiden. Diese Klassifizierung von Personen basiert zwangsläufig auf Werturteilen. Sehr grundlegend kann zwischen absoluter und relativer Armut unterschieden werden. Bei ersterer kann nicht einmal das absolute Existenzminimum erreicht werden, und ein Mangel an Nahrung, Wasser, Kleidung, Obdach und medizinischer Grundversorgung bedeutet den frühen Tod. In entwickelten Wohlfahrtsstaaten wird Armut hingegen als relatives Konzept verstanden und in Beziehung zum durchschnittlichen Lebensstandard bzw. zu den durchschnittlichen Lebensbedingungen gesetzt (Hauser 2008: 95f). Der bei beiden Konzepten im Grunde vorhandene einseitige Fokus auf ein Markteinkommen wird mit einem Ansatz von Amartya Sen deutlich geweitet, indem die „Entwicklung von Freiheit“ und die soziale Existenz des Menschen einfließen (Huster 2008: 89). Auch Peter Townsend bezieht mit seinem Konzept der „relativen Deprivation“ die sozialen Teilnahmemöglichkeiten ein. Townsend verfolgt eine „relative“ und Sen eine „absolute“ Sicht auf Armut, beide Ansätze fassen Armut aber als multidimensionales Phänomen auf (Eiffe, Heitzmann 2006: 47f). Armut ist nicht alleine mit einem Mangel an finanziellen Mitteln oder über sogenannte „Grundbedürfnisse“ wie Nahrung, Kleidung, Wohnen zu beschreiben, sondern zielt überdies auf die soziale Exklusion ab: Ausschluss von Teilhabe- und Verwirklichungschancen bzw. eine Verunmöglichung eines Lebens entsprechend den je eigenen Fähigkeiten und soziokulturellen Wünschen.

Der Zwiespalt zwischen einer rein ökonomischen und einer soziokulturellen Betrachtung findet sich ferner innerhalb der relativen Armutskonzepte wieder: Res-

sourcen versus Lebenslagen. Bei ersterem ist meist das Einkommen die zentrale Größe, während beim Lebenslagenansatz die materielle und die soziale Versorgung gemeinsam betrachtet werden (ebd.).

Die jährliche EU-weite Erhebung zu den Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) baut auf einem mehrdimensionalen Zugang auf (bezieht aber letztlich die sozialen und kulturellen Teilnahmemöglichkeiten nicht direkt mit ein), indem drei sich überlappende Problembereiche erfasst werden:

- a) Armutsgefährdung
- b) keine oder sehr niedrige Erwerbsintensität
- c) erhebliche materielle Deprivation

2011 wurden für Österreich 1,4 Millionen Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdete errechnet. Als armutsgefährdet gilt, wer über weniger als 1.066 Euro (das entspricht 60 Prozent des Medianäquivalenzeinkommens) Haushaltseinkommen pro Monat verfügt (wobei Zuschläge für Kinder und weitere Erwachsene zu berücksichtigen sind). 350.000 Personen liegen zwar über dieser Schwelle, werden aber der Gruppe zugerechnet, weil sie materiell depriviert sind oder in einem Haushalt mit keiner oder niedriger Erwerbsquote leben. An soziodemografischen Risikogruppen werden Kinder, Frauen über 65 Jahre, Personen mit geringer Schulbildung, nicht österreichische Staatsbürger/innen, Pensionierte und Alleinlebende genannt. Die Kinderzahl wirkt sich „nur“ bei Mehrpersonenhaushalten mit drei oder mehr Kindern oder bei Alleinerzieher-schaft armutsgefährdend aus (BMASK 2013: 16).

Sozialmärkte als zivilgesellschaftliche Antwort

Im Jahr 1999 wurde in Linz der erste Sozialmarktverein (kurz: SOMA) in Österreich gegründet. Mit der im Grunde einfachen Idee, gespendete Lebensmittel an Menschen mit geringem Einkommen verbilligt abzugeben, wird eine Win-Win-Situation geschaffen: beteiligte Unternehmen können nicht mehr verkaufsfähige (aber qualitativ geprüfte) Produkte sinnvoll verwerten und Menschen in schwierigen Lebenslagen werden unterstützt.

Zwischenzeitlich haben sich neben SOMA Österreich noch weitere Trägerorganisationen für Sozialmärkte etabliert: Rotes Kreuz, Samariterbund, Volkshilfe, Vinzenz-Gemeinschaft, kirchliche Organisationen, politische oder lokale Vereine. Alle Initiativen verschreiben sich der Unterstützung von Menschen in Armut. Das Primat, genussfähige Lebensmittel vor der Vernichtung zu bewahren, wird in seiner Wertigkeit teilweise unterschiedlich gesehen.

Für die vorliegende Untersuchung konnten sechs Sozialmärkte gewonnen werden: Sozialmarkt Linz (SOMA Österreich), die Märkte in Leonding, Hagenberg, Sierning und Großbraming (Rotes Kreuz) und der Arcade Sozialmarkt Freistadt (lokaler Verein).

Methodische Herangehensweise

Wenngleich das Engagement der Sozialmärkte durch karitative Motive wie Hilfe für Menschen in Armutslagen oder Bewusstseinsbildung beim Umgang mit Lebensmitteln getragen wird, so sind die dort einkaufenden Menschen trotzdem in ihrer Rolle als Kundinnen bzw. Kunden wahrzunehmen. Das Forschungsinteresse der vorliegenden Studie gilt damit der Kundenzufriedenheit sowie deren Wünschen und Erwartungen. Nicht zuletzt soll mit den Ergebnissen auch die Lebenssituation von benachteiligten Menschen thematisiert und stärker in das Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt werden.

Als Erhebungsinstrument kam ein standardisierter Fragebogen, welcher neben Deutsch in sechs weitere Sprachen (Arabisch, Türkisch, Kroatisch, Rumänisch, Englisch und Russisch) übersetzt wurde, zur Anwen-

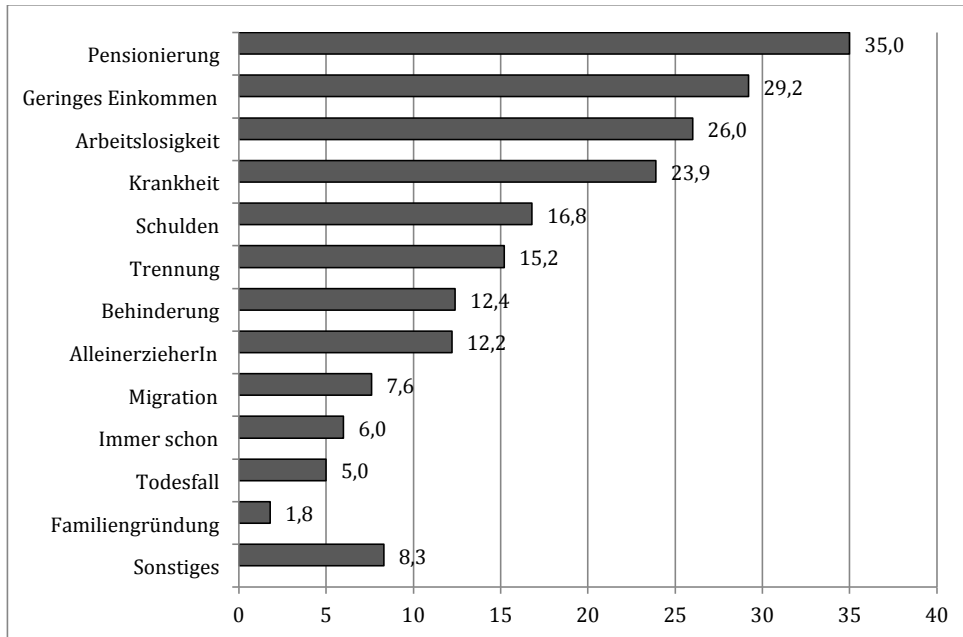
Unterschied Mindesthaltbarkeitsdatum und Verbrauchsdatum

Das Mindesthaltbarkeitsdatum ist kein „Wegwerfdatum“! Der Hersteller garantiert bei richtiger Lagerung bis zu diesem Datum bestimmte Eigenschaften wie Geschmack, Geruch, Farbe, Konsistenz und Nährwert des Produkts. Danach ist die Ware in der Regel noch völlig in Ordnung. Hier gilt es dann – wie im Grunde bei allen Lebensmitteln – die eigene Sinne einzusetzen: sehen, riechen, schmecken! Mit dem Öffnen wird das Mindesthaltbarkeitsdatum allerdings ungültig und das Produkt sollte alsbald verbraucht werden.

Mit dem Verbrauchsdatum hingegen werden besonders verderbliche Waren wie Fisch und Fleisch gekennzeichnet. Dieses Datum soll auf jeden Fall eingehalten werden, um eine Gesundheitsgefährdung zu verhindern.

Quelle: Lebensministerium 2014: Lebensmittel sind kostbar. http://www.lebensministerium.at/lebensmittel/kostbare_lebensmittel/einzelne_tun/tipp-richtiglagern.html

Abbildung 1: Gründe für Armut in Prozent (Mehrfachnennungen möglich; n=434)



dung. Die Verteilung erfolgte im Zuge der Überprüfung der Einkaufsberechtigung. Im Erhebungszeitraum von Juli bis Mitte Oktober 2013 wurden insgesamt 756 Fragebögen verteilt, 444 Bögen langten wieder ein. Die Rücklaufquote verlief mit 58,7 Prozent recht erfolgreich.

Demografie

70 Prozent der Befragten sind weiblich, 30 Prozent männlich. Das Durchschnittsalter liegt bei rund 54 Jahren. Fast 50 Prozent kommen über eine Pflichtschulbildung nicht hinaus. 80 Prozent gehen keiner Erwerbstätigkeit nach. Dies verweist auf einen hohen Anteil von Pensionistinnen bzw. Pensionisten (gut jede 2. Person) und arbeitslosen Menschen (jede 5. Person). Der Großteil der Befragten (99%) lebt in geregelten Wohnverhältnissen. Rund die Hälfte der befragten Kundinnen und Kunden lebt alleine. Als durchschnittliche Haushaltsgröße ergeben sich 2,4 Personen. Leben Befragte mit anderen Personen im gemeinsamen Haushalt, so meist mit einer Partnerin bzw. einem Partner und/oder Kind(ern). Die Vielfalt an Muttersprachen (35) und Staatsbürgerschaften (35) ist in der Stichprobe zwar hoch, dennoch haben drei Viertel keinen Migrationshintergrund.

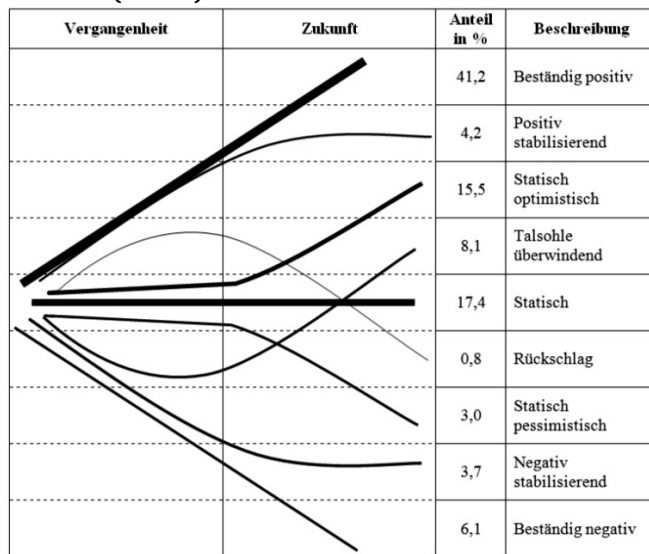
Die Lebenssituation der Befragten

Als die wichtigsten Auslöser für die finanziell prekäre Lage der Kundinnen und Kunden gelten Pensionie-

rung, geringes Einkommen und Arbeitslosigkeit. Häufig werden mehrere Gründe angegeben, was Armut als mehrdimensionales Phänomen ausweist (vgl. Abbildung 1). Die Befragten haben es dennoch geschafft, sich mit ihrer Lebenssituation zu arrangieren. Rund zwei Drittel können den Aussagen „Auch mit wenig Einkommen kann ich ein gutes Leben führen“ bzw. „Ich habe mich mit der Situation abgefunden“ zumindest eher zustimmen. Im Wesentlichen erfahren die Befragten zwar eher keine soziale Geringschätzung („nur“ etwa jede 5. Person fühlt sich zumindest eher gemieden oder manchmal respektlos behandelt), aber es klagen doch vier von zehn Befragten über zu wenig Sozialkontakte.

Armut ist immer im Lebensverlauf verortet und unterliegt im subjektiven Erleben einer zeitlichen Schwankung. In einer Vor- und Rückschau konnten die Kundinnen und Kunden die zukünftigen und die vergangenen 12 Monate hinsichtlich einer Verbesserung oder Verschlechterung bewerten. Daraus wurden Verlaufskurven konstruiert, die die Dynamik der Veränderung darzustellen vermögen (vgl. Abbildung 2). Die Befragten zeigen sich insgesamt überraschend optimistisch. Für über 40 Prozent der Befragten lässt sich eine beständig positive Entwicklung (sowohl in der Rück- als auch der Vorschau wird eine Verbesserung erkannt) diagnostizieren. Am zweithäufigsten (gut 17 Prozent) wird ein statischer bzw. gleichbleibender

Abbildung 2: Verlaufskurven zur wahrgenommenen Lebenssituation (n=403)



Verlauf beschrieben. Eine dritte bedeutende Gruppe (gut 15 Prozent) schildert zwar die Vergangenheit als unverändert, blickt aber positiv in die Zukunft.

Positives Einkaufserlebnis im Sozialmarkt

Rund 85 Prozent der Befragten erleben den Einkauf im Sozialmarkt als zumindest eher positiv und erkennen dadurch eine Verbesserung ihrer Situation durch den Sozialmarkt. Wenngleich das Gros durchaus

selbstbewusst in den Märkten einkauft, so trachtet doch jede dritte Person danach, den Besuch im Sozialmarkt zumindest eher zu verheimlichen. Etwa jede sechste Person entwickelt Gefühle der Scham (vgl. Abbildung 3).

Das Einkaufsverhalten der Befragten

Im Schnitt sind die Kundinnen und Kunden bereits 2,9 Jahre Mitglied im Sozialmarkt (in Linz als ältestem Sozialmarkt sogar 4,5 Jahre).

80 Prozent der Befragten besuchen die Märkte ein Mal wöchentlich oder öfter (entsprechend der Statuten darf maximal dreimal wöchentlich eingekauft werden). Zu den vier wichtigsten Produktgruppen gehören Brot, Milch, Waschmittel und Getreideprodukte. Das von den Sozialmärkten vorgegebene Einkaufslimit (etwa 10 Euro je Einkauf) wird dabei von je der Hälfte der Befragten nie/manchmal bzw. häufig/immer erreicht. Mit den Einkäufen gelingt im Schnitt ein Versorgungsgrad von 35 Prozent. Etwa jede vierte Person gibt an, einen Versorgungsgrad von über 50 Prozent zu erreichen (vgl. Abbildung 4).

Hohe allgemeine Kundenzufriedenheit!

Für die Erfassung der Kundenzufriedenheit gibt es eine Reihe von Verfahren. Die vorliegende Studie ist

Abbildung 3: Emotionale Situation im Sozialmarkt (prozentuierte Häufigkeiten)

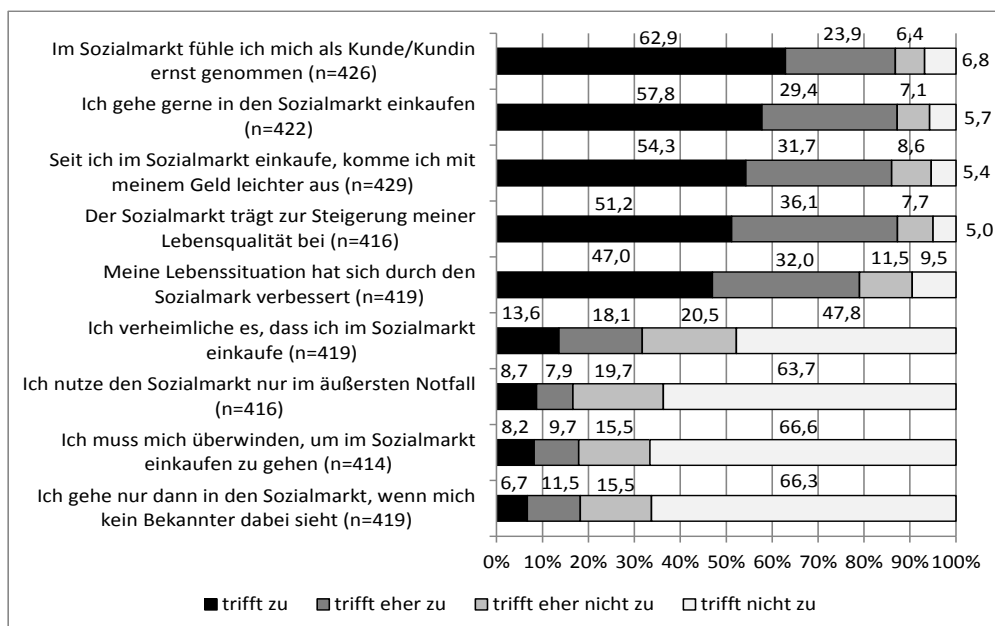
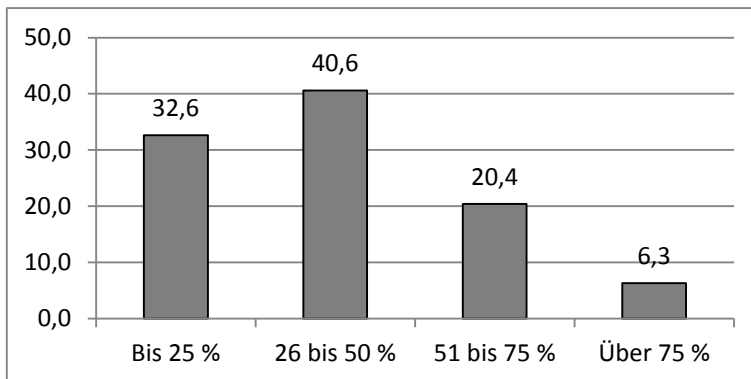


Abbildung 4: Versorgungsgrad durch die im Sozialmarkt gekauften Lebensmittel (prozentuierte Häufigkeiten, n=426)



als subjektive Messung zu verstehen und gibt damit die persönliche, lebensweltliche Bewertung der Befragten wieder. Insgesamt zeichnen die Befragten ein überaus positives Gesamtbild. Gut 83 Prozent sind mit ihrem Sozialmarkt zumindest eher zufrieden (vgl. Abbildung 5).

Die Situation der Märkte wurde hinsichtlich der Kundenzufriedenheit überdies im Detail erhoben: Der Fragebogen enthielt Aspekte zu Angebot, Organisation, Service, Beratung und Räumlichkeiten. Im Wesentlichen zeigen sich die Befragten auch hier recht zufrieden. Lediglich bei der Produktfrische, der Verfügbarkeit der Waren und der Raumgröße lassen sich (bei dennoch hohem Niveau) vermehrt kritische Stimmen ausfindig machen. Abbildung 6 präsentiert einen Auszug aus den 35 „Zufriedenheitsvariablen“ (für Details wird auf den Forschungsbericht verwiesen).

Sozialmärkte sind in ihrem Produktangebot völlig vom Spendenaufkommen des Handels und der Industrie abhängig. Dies wirkt direkt auf Frische, Qualität, Sortiment und Verfügbarkeit der Waren zurück. Auch bei der Wahl des Standortes können karitative Märkte kaum teure und großzügige Verkaufsflächen in

Toplagen anmieten. Dies lässt durchaus eine eingeschränkte Zufriedenheit bei den Kundinnen und Kunden erwarten, dennoch nehmen die Sozialmärkte diese Herausforderungen recht erfolgreich an.

Hinsichtlich Frische und Qualität der Waren unterliegen natürlich Sozialmärkte ebenso den lebensmittelrechtlichen Bestimmungen und werden von der Lebensmittelaufsicht entsprechend geprüft. Die in diesen Bereichen etwas höhere Unzufriedenheit der Kundinnen und Kunden verweist somit auf ein allgemeines gesellschaftliches Problem: Produkte werden primär über optische Kriterien und weniger über ihren Gebrauchswert beurteilt. So haben es auch die Sozialmärkte noch nicht durchgängig geschafft, die Bedeutung des Mindesthaltbarkeitsdatums zu vermitteln. Die Ware ist in der Regel völlig in Ordnung, nur die Produkthaftung wandert vom Produzenten zum Händler. Im Unterschied dazu steht das Verbrauchsdatum. Hier darf das Produkt nach Ablauf (auch in Sozialmärkten) ohnehin nicht mehr zum Verkauf gelangen.

Resümee
Die Studie verfolgte die Absicht, benachteiligte Menschen, die in Sozialmärkten einkaufen, in ihrer Rolle

Abbildung 5: Gesamtzufriedenheit mit dem Sozialmarkt (prozentuierte Häufigkeiten; n=437)

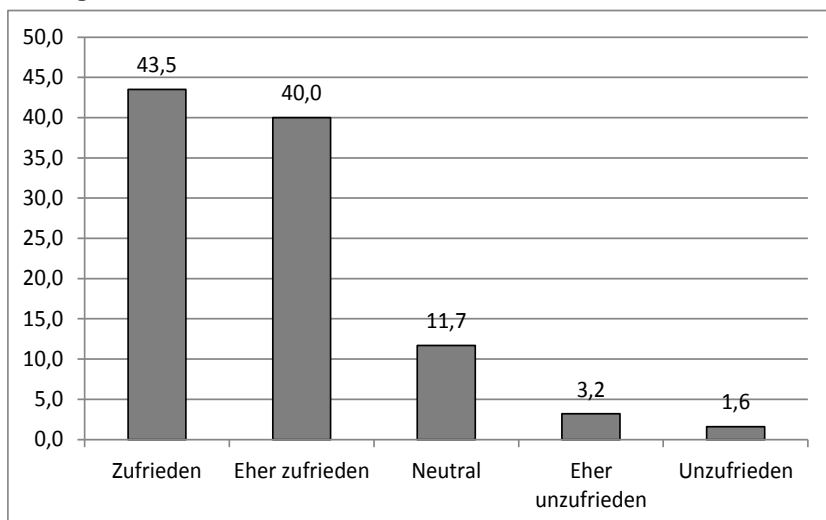
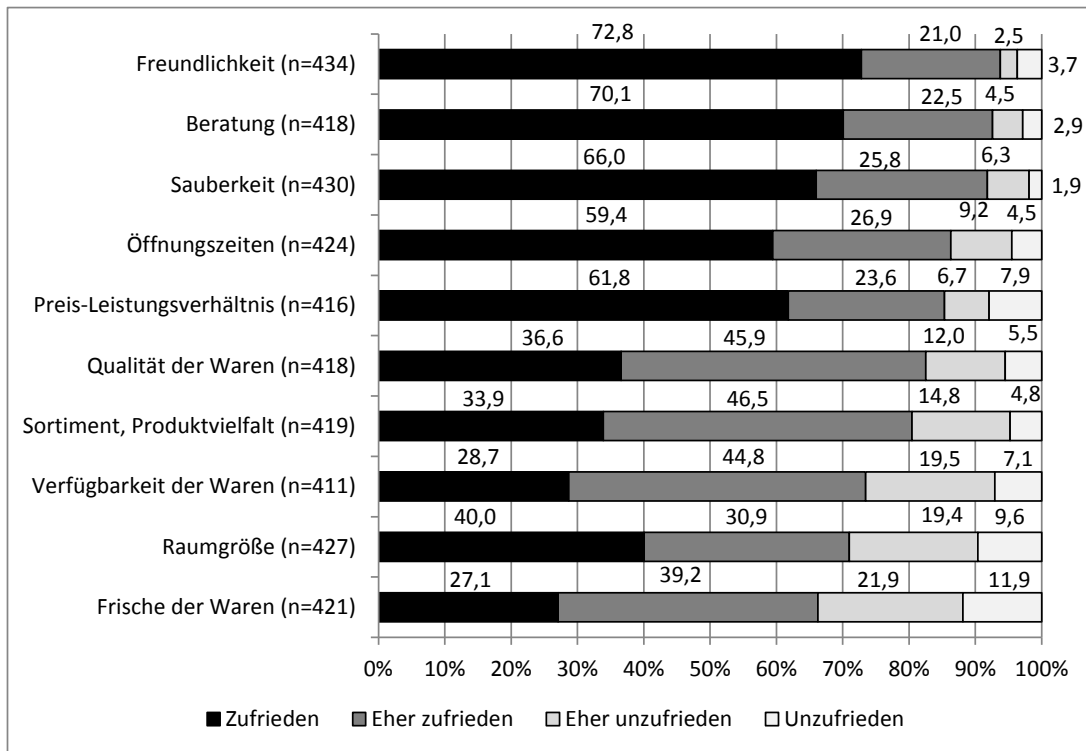


Abbildung 6: Ausgewählte Aspekte hinsichtlich der Kundenzufriedenheit (prozentuierte Häufigkeiten)



als Kundin bzw. Kunde zu Wort kommen zu lassen. Im Allgemeinen ergibt sich ein ausgesprochen positives Bild zu den Sozialmärkten. Die Zufriedenheit ist in allen erhobenen Aspekten hoch. Einschränkungen ergeben sich bei der Rationierung, Verfügbarkeit und der Frische der Waren. Auch wären (je nach Markt) Änderungen bei den Öffnungszeiten und Wartezeiten sowie ein Überdenken des Raumkonzeptes angebracht. In Anbetracht dessen, dass das Produktangebot auf Spenden und nicht auf einem bedarfsorientierten Handel beruht, sind die Sozialmärkte bei der Kundenzufriedenheit äußerst erfolgreich unterwegs – wohl nicht zuletzt wegen der guten Arbeit ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Andreas Hunger, Ursula Rami
 Institut für Soziologie
 JKU Linz

Eiffe, Franz K.; Heitzmann, Karin; 2006: Armut im Kontext reicher Staaten – Zur wissenschaftlichen Operationalisierung eines normativen Begriffs. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung 2006, Vol. 75, No. 1: 43–57
 Gronemeyer, Marianne; 2009: Die Macht der Bedürfnisse. Darmstadt: WBG
 Hauser, Richard; 2008: Das Maß der Armut: Armutsgrenzen im sozialstaatlichen Kontext. Der sozialstatistische Diskurs In: Huster, Ernst-Ulrich; Boeckh, Jürgen; Mogge-Grotjahn, Hildegard (Hg.); 2008: Handbuch Armut und Soziale Ausgrenzung. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften
 Hunger, Andreas (Hg.) 2014: Die 2. Chance für Lebensmittel und Menschen. Die Kundenzufriedenheit in oberösterreichischen Sozialmärkten. Linz: JKU
 Huster, Ernst-Ulrich; 2008: Soziale Eingrenzung als sozialstaatliches Ziel. Der sozialpolitische Diskurs. In: Huster, Ernst-Ulrich; Boeckh, Jürgen; Mogge-Grotjahn, Hildegard (Hg.); 2008: Handbuch Armut und Soziale Ausgrenzung. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften

Literatur

BMASK; 2013: Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich. Ergebnisse aus EU-SILC 2011. Wien: Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz

Freihandelsabkommen: Versprechen oder Falle?

Seit Juli 2013 verhandeln EU-Kommission und US-Regierung die Transatlantische Handels und Investitionspartnerschaft (TTIP). Dieses Abkommen soll, so versprechen EU-Kommission und Wirtschaftsverbände, Wachstum und Arbeitsplätze bringen. Doch Umwelt- und Sozialinitiativen befürchten, dass das TTIP grundlegende demokratische, soziale und ökologische Standards auf Dauer außer Kraft setzt. Nicht nur drohen Gentechnik, Hormonfleisch und gefährliche Chemikalien durch die Hintertür nach Europa zu kommen; aus Angst vor teuren Konzernklagen könnte das TTIP eine fortschrittliche Umwelt- und Sozialgesetzgebung auf beiden Seiten des Atlantiks blockieren. Denn die im Abkommen geplanten Investor-Staats-Schiedsverfahren erlauben es Unternehmen, Regierungen wegen entgangener Profite vor außergerichtlichen Tribunalen zu verklagen. Und der Zugewinn an Arbeitsplätzen ist Studien zufolge marginal.

Neben diesen demokratiepolitischen Bedenken geht es um die Grundsatzfrage, ob die beiden reichsten Kontinente der Welt weiteres Wirtschaftswachstum benötigen bzw. vertragen. Aus ökologischer Sicht ist die Antwort eindeutig negativ. Denn geboten ist eine Reduktion des Ressourcenverbrauchs in den nächsten

Jahrzehnten um den Faktor 5 bis 10. Die Energiewende ins postfossile Zeitalter wird neben erneuerbaren Energieträgern auch eine spürbare Verringerung des Energieverbrauchs erfordern. Beides ist mit weiterem Wachstum und noch mehr Freihandel nicht möglich. Die reichen Länder der EU haben keine Wachstumskrise, sondern eine Verteilungskrise und – was die Spitzeneinkommen und Spitzenvermögen betrifft – eine Krise zu hoher Ansprüche. Eine faire Verteilung des Erwirtschafteten wäre demnach der volkswirtschaftlich klügere Weg – innerhalb der Nationen sowie innerhalb der EU. Europa muss nicht die wettbewerbsfähigste Region der Welt werden. Aus Nachhaltigkeitsperspektive ist einem Europa der Regionen mit florierenden Regionalwirtschaften der Vorzug zu geben – weitere Freihandelsabkommen sind dabei nur kontraproduktiv. Freihandel klingt zwar positiv – grenzenloser Freihandel kann aber schnell zur Falle werden und negiert die ökologischen Leitplanken, die das Handeln im 21. Jahrhundert bestimmen müssen. Europa kann in diesem Sinn Vorreiter in Bezug auf Umweltstandards, Umwelttechnologien sowie ein zukunftsverträgliches Wohlstandsmodell werden.

Hans Holzinger

Der Autor ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen in Salzburg und Lehrbeauftragter an der Alpen-Adria Universität Klagenfurt.

Aktuelle Problemstellungen im Arbeits- und Sozialrecht

Ende März versammelte sich die arbeits- und sozialrechtliche Fachwelt in Zell am See zur 49. wissenschaftlichen Tagung der Österreichischen Gesellschaft für Arbeitsrecht und Sozialrecht.

Den ersten Vortrag der Tagung hielt Robert Rebhahn von der Universität Wien zum Thema „Europäische Entwicklungen im Kündigungsschutz“. In seinen Ausführungen prüfte und verneinte Professor Rebhahn Auswirkungen des Rechts der EU auf die nationalen Bestimmungen des allgemeinen Kündigungsschutzes und stellte in einem Vergleich der Regelungen zum allgemeinen Kündigungsschutz große Unterschiede

zwischen den Mitgliedstaaten fest, deren Verringerung sich zumindest in naher Zukunft nicht abzeichne.

Im Anschluss daran bot der Wiener Rechtsanwalt Georg Schima einen Überblick über die vielfältigen individual- und kollektivarbeitsrechtlichen Rechtsgrundlagen zur Implementierung von Compliance- und Whistleblowing-Systemen, erläuterte Zusammenhänge mit angrenzenden Rechtsgebieten wie dem Gesellschafts- oder (Verwaltungs-)Strafrecht, und stellte Überlegungen zur gerichtlichen Überprüfbarkeit von Entscheidungen des Betriebsrats nach dem Vorbild der „business judgement rules“ an.

Das Seminar am Donnerstagabend wurde von Christoph Klein von der AK Wien geleitet, der aktuelle Fragen des Urlaubsrechts unter systematischer Aufarbeitung der einschlägigen Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofs und des Europäischen Gerichtshofs behandelte. Klein ging unter anderem Problemen des Urlaubsanspruchs und -verbrauchs

in Systemen a-rhythmischer Arbeitszeitverteilung, bei der geblockten Altersteilzeit sowie beim Wechsel zwischen Voll- und Teilzeitbeschäftigung nach.

Der letzte Veranstaltungstag war sozialrechtlichen Themen gewidmet und wurde von Katharina Pabel von der Universität Linz mit ihren Ausführungen über „Die neue Verwaltungsgerichtsbarkeit im Sozialversicherungsrecht“ eröffnet. Die Vortragende unterstrich nach einer detaillierten Darstellung der Neuerungen deren Potential zur Gewährleistung eines schnellen, einheitlichen und bürgernahen Rechtsschutzes.

Im abschließenden Vortrag zum Thema „Wiedereingliederung in der Arbeitslosenversicherung“ setzte sich Rudolf Müller (VfGH/Universität Salzburg) mit neuen Problemstellungen im Zusammenhang mit der beruflichen Rehabilitation auseinander. Müller beleuchtete die Voraussetzungen für eine berufliche Rehabilitation und arbeitete Abstimmungsschwierigkeiten in der neuen Aufgabenteilung zwischen Arbeitsmarktpolitik und Pensionsversicherung heraus.

Nachwuchsforum

An den Info-Tischen konnten sich die rund 480 TagungsteilnehmerInnen in den Pausen über die wichtigsten Neuerscheinungen in der arbeits- und sozialrechtlichen Fachliteratur informieren. Am Nachmittag vor Tagungsbeginn hatten im Rahmen des Nachwuchsforums wiederum junge KollegInnen die Möglichkeit, ihre Forschungsarbeiten einem breiten Fachpublikum vorzustellen. Die Präsentationen wurden in diesem Jahr von Michael Haider („Recht und Pflicht zur Fortbildung im Arbeitsverhältnis“), Daniela Krömer („Rückwirkende Beseitigung von altersdiskriminierenden Gesetzesbestimmungen“) und Elisabeth Petric („Schadenersatzrechtliche Probleme beim Umstieg auf ein beitragsorientiertes Pensionskassensystem“) gestaltet. Nächstes Jahr wird die Zeller Tagung ihr 50. Jubiläum feiern, kündigte Tagungs-Präsident Rudolf Mosler in seinem Schlusswort an.

Quelle: Presseaussendung der Gesellschaft für Arbeits- und Sozialrecht, 08.04.2014

Kontraste – Referierte Ausgabe „Österreichische Sozialpolitik im internationalen Vergleich“ – Call for Papers

Österreich ist in der international vergleichenden Politikforschung ein anerkannter Fall und steht hier für einen konservativen Wohlfahrtsstaat (in der Typologie von Esping-Andersen) sowie für eine korporatistische Regulierung der Sozial- und Wirtschaftspolitik mit relativ erfolgreicher Performanz. So gilt Österreich, etwa was den Bereich der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik betrifft, für andere Staaten als vorbildlich. Ausgehend von dieser hier nur sehr grob skizzierten Außenwahrnehmung der Sozial- und Arbeitspolitik in Österreich stellen sich für uns folgende Fragen:

- Stimmt dieser Befund so überhaupt? Oder zeichnet eine detaillierte Innensicht ein anderes Bild?
- Inwieweit haben die Veränderungen der letzten 20 Jahre (seit dem EU-Beitritt Österreichs) an diesem Bild gekratzt und eventuell sogar einen Paradigmenwechsel in der österreichischen Sozialpolitik eingeleitet?

Wir sind insofern an Beiträgen interessiert, die

- Teilaspekte der österreichischen Sozialpolitik vor dem Hintergrund der vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung beleuchten;
- die Ergebnisse ländervergleichender Analysen präsentieren;
- verschiedene Phasen der österreichischen Wohlfahrtsstaatsentwicklung einander gegenüberstellen.

Die Beiträge sollten eine Länge zwischen 30.000 und 60.000 Zeichen (inkl. Leerzeichen) aufweisen. Grafische Elemente wie Übersichten, Tabellen und Diagramme sind möglich und willkommen. Amerikanische Zitierweise ist erbeten, d.h. Kurzbelege im Text (AutorIn, Erscheinungsjahr, Seitenangabe), Fußnoten sollten nur für inhaltliche Ergänzungen verwendet werden.

InteressentInnen werden ersucht, hinsichtlich ihres Publikationsvorhabens mit Univ.Prof. Dr. Margitta Mätzke (margitta.maetzke@jku.at bzw. 0732 2468 7163) oder Mag. Hansjörg Seckauer (hansjoerg.seckauer@jku.at bzw. 0732 2468 7168) Kontakt aufzunehmen. Die Einreichung von Manuskripten ist bis 31. August 2014 möglich. Erscheinungstermin ist der Dezember 2014.

Leben mit Demenz

Menschen, die an Demenz erkranken und pflegebedürftig werden, wollen nicht unser Mitleid, sondern unseren Respekt. Pflege und Betreuung sind dazu da, ihnen zu helfen – und nicht, um sie hilflos zu machen. Aber auch die pflegenden Angehörigen dürfen nicht alleingelassen werden, denn Menschen, die Hilfe geben, benötigen auch welche. „Pflege von heute ist Aufgabe von uns allen. Als Zivilgesellschaft sind wir gefordert, die Interessen jener Menschen zu vertreten, die Hilfe brauchen“, betont Erich Fenninger, Volkshilfe-Geschäftsführer und Herausgeber des aktuellen Buchs über das Leben mit Demenz.

In diesem Band lernen die LeserInnen starke Persönlichkeiten kennen: Menschen mit Demenz und ihre Angehörigen erzählen von ihrem Leben. Niemand kann das besser als sie selbst, denn sie sind ProtagonistInnen und ExpertInnen zugleich. Sie beschreiben ihre Sorgen, Freuden und Ängste. Sie sprechen über Gewesenes und Zukünftiges, über Liebe und Partnerschaft, über Isolation und auch darüber, wie ihnen manchmal die Kraft ausgeht. Eindrucksvolle Fotos aus Vergangenheit und Gegenwart sowie ein umfangreicher Serviceteil zu Unterstützungsangeboten, Kontaktadressen und Fakten zu Prävention, Diagnostik, Betreuung und Pflege ergänzen den Band.

*Erich Fenninger (Hg.), Dagmar Fenninger-Bucher, Teresa Millner-Kurzbauer:
Ich bin, wer ich war. Mit Demenz leben
Residenz Verlag, St. Pölten 2014
288 Seiten, EUR 21,90*

Armenfürsorge als protestantische Tradition

Wie wird „Armut“ gedeutet? Wie ist Armenfürsorge zu begründen? Und wie soll diese praktisch gestaltet werden? Diese Fragen stehen im Fokus einer neuen Publikation, welche die Bildungsforscher Ralf Koerrenz und Benjamin Bunk vom Institut für Bildung und Kultur der Universität Jena herausgeben.

„Der Umgang mit Armut und Armenfürsorge gehört zu den zentralen Herausforderungen einer jeden Gesellschaft“, insistiert Koerrenz: „In heutigen Kontroversen um Armut und Armenfürsorge“, kritisiert der promovierte Pädagoge und Theologe, „scheinen dabei gelegentlich wichtige Begründungsmuster für das praktische Handeln nicht mehr bewusst zu sein.“

Koerrenz und Bunk zufolge gehört der Protestantismus im europäischen und im nordamerikanischen Kontext zu den wesentlichen Traditionen, die solche

Grundgedanken zum Umgang mit Armut und zur Begründung von Armenfürsorge ausgebildet haben. Der aktuelle Band zeichnet von den biblischen Grundlagen über historische Wegmarken bis hin zu aktuellen Herausforderungen in sechs Beiträgen wesentliche Motive dieser protestantischen Perspektiven nach.

Im Zentrum des ersten Teils stehen die Wahrnehmung von Armut und die mit ihr verbundene Gestaltung der Armenfürsorge. Es wird hier der Frage nachgegangen, was als notwendig für den Menschen angesehen wird. Beschränkt sich dies etwa auf Nahrung, Kleidung und ein Dach über dem Kopf – oder geht es darüber hinaus wesentlich um weitergehende Teilhabemöglichkeiten, beispielsweise im Bereich des Erwerbslebens oder der Kultur? Es gehe, so der Jenaer Wissenschaftler, letztlich um die Frage nach der Würde des Menschen im Spannungsfeld von Universalität im Sinne individueller Freiheit. Entsprechend setzt der Band ein mit zwei Beiträgen zu den für die protestantische Denkweise richtungsweisenden biblischen Grundlagen. So wendet sich Ralf Koerrenz den sozialetischen Grundlagen im hebräischen Teil der Bibel, also im „Alten Testament“, zu. Sein Kollege Klaus Scholtissek, Privatdozent für Neues Testament an der Theologischen Fakultät der Uni Jena, geht neutestamentlichen Grundlagen diakonischen Handelns nach.

Mit den historischen Grundlagen beschäftigen sich der zweite Buchteil. So wendet sich Christopher Spehr, Professor für Kirchengeschichte der Friedrich-Schiller-Universität, dem Thema Armut und Armenfürsorge im Kontext der Reformation zu. Sein Greifswalder Kollege Thomas K. Kuhn widmet sich diesem Thema im Kontext von Pietismus und Aufklärung.

Aktuelle Herausforderungen präsentieren im dritten Teil Benjamin Bunk und Michael Haspel. So richtet Bunk unter der Überschrift „Armut und Armenfürsorge im Horizont der Globalisierung – Herausforderung zwischen Tradition und globalem Vergleich“ seinen Blick unter anderem auf die brasilianische Landlosenbewegung als Praxis sozialer Arbeit. Michael Haspel, Direktor der Evangelischen Akademie Thüringen, widmet seinen mit „Der Protestantismus und die Soziale Frage“ überschriebenen Beitrag der „Geburt der Diakonie aus dem Geist der Sozialdisziplinierung“.

*Ralf Koerrenz, Benjamin Bunk (Hg.):
Armut und Armenfürsorge
Protestantische Perspektiven
Reihe Kultur und Bildung, Band 5
Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn 2014
135 Seiten, EUR 18,90*

Männer und Gleichstellungspolitik

Mittlerweile setzt sich immer mehr die Erkenntnis durch, dass die Einbeziehung der Männer als Akteure in gleichstellungspolitische Strategien wichtig ist, um langfristige strukturelle Änderungen zu erzielen. Dies nicht zuletzt deshalb, da die Geschlechter in einem wechselseitigen Verhältnis zueinander stehen. Zudem profitieren auch Männer von dieser Entwicklung, indem ihre Rollen und Möglichkeiten erweitert werden. Bei der Veranstaltung wird über neue Arbeitszeiten, neue Care-Modelle und neue Bildungswege diskutiert.

Termin: 23. Juni 2014, 10.00 – 16.30 Uhr

Ort: AK Bildungszentrum, Großer Saal, Theresianumgasse 16-18, 1040 Wien

Anmeldung: sandra.emerling@akwien.at

Kompetent wofür?

Kompetent zu handeln, kompetent zu sein ist ein wenig umstrittenes Ziel der Bildungsarbeit mit Jugendlichen und Erwachsenen. Rund um den schillernden Kompetenzbegriff, der zunehmend diffuser zu werden droht und dem ein nicht weniger bestimmungsbedürftiger Lernergebnisbegriff zur Seite gestellt wird, schwelen anhaltend Ziel- und Methodendebatten. Die 4. Österreichische Konferenz für Berufsbildungsforschung will Raum und Gelegenheit für einen vertieften Diskurs zu diesem Thema geben.

Termin und Ort: 3. – 7. Juli 2014; Museum Arbeitswelt, Wehrgrabengasse 7, 4400 Steyr

Information: www.berufsbildungsforschung-konferenz.at

Paritätische Doppelresidenz

Die Kluft zwischen empirischen Erkenntnissen und gesellschaftlicher und rechtlicher Praxis überwinden, ist das Ziel der internationalen Konferenz zur Paritätischen Doppelresidenz 2014. TeilnehmerInnen aus verschiedenen Kontinenten erörtern, wie dem alarmierenden Anstieg von psychosozialen Problemen und Entwicklungsstörungen bei Kindern getrennt lebender Eltern begegnet werden kann. Konferenzsprache ist Englisch, Simultanübersetzung wird geboten.

Termin und Ort: 9. – 11. Juli 2014, Wissenschaftszentrum Bonn (D)

Information: http://twohomes.org/de_conference

Migration und Mobilität

Im Rahmen der Konferenz soll das Verhältnis von Migration und Mobilität aus verschiedenen interdisziplinären und internationalen Perspektiven und in unterschiedlichen Kontexten analysiert und diskutiert werden. Dabei geht es um Fragen nach Grenzen von Migration, um alltagsbezogene und soziale Mobilität und Migration, theoretische und historische Perspektiven, empirische Untersuchungen, Institutionen und soziale Praktiken, Kommunikationsformen und Netzwerke sowie um Identitätskonstruktionen und Erinnerungskulturen (Ausstellungen, Museen).

Termin: 3. – 5. Juli 2014

Ort: FH Köln, Fakultät für Angewandte Sozialwissenschaften, Ubierring 48, D-50678 Köln

Information: www.migrationskonferenz.ch

Wege zur Inklusion

Beim 4. Europäischen IASSIDD Kongress werden die neuesten Erkenntnisse der Forschung zu intellektueller Beeinträchtigung präsentiert. Die ForscherInnen werden dabei u.a. in inklusiven Workshops ihr Wissen mit Menschen mit Lernschwierigkeiten teilen und diese zum gegenseitigen Erfahrungsaustausch einladen. Die Themen des Kongresses folgen der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen.

Termin und Ort: 14. – 17. Juli 2014; Universität Wien, Universitätsring 1, 1010 Wien

Information: <http://iassidd2014.univie.ac.at>

kontraste

Presse- und Informationsdienst für Sozialpolitik

Erscheinungsort Linz, P.b.b. Verlagspostamt Linz.

Wenn unzustellbar, zurück an die Redaktion KONTRASTE:
Johannes Kepler Universität Linz, Institut für Gesellschafts- und
Sozialpolitik, Altenbergerstr. 69, 4040 Linz

Herausgeber, Medieninhaber, Verleger:

Sozialwissenschaftliche Vereinigung, mit Unterstützung der Johannes
Kepler Universität Linz (JKU), Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik

Erscheinungsweise:

8 Ausgaben pro Jahr

Redaktionsadresse:

kontraste: JKU Linz, Institut für Gesellschafts- und
Sozialpolitik, Altenbergerstr. 69, 4040 Linz
Tel. 0732 2468 7168

Mail: hansjoerg.seckauer@jku.at

Web: <http://www.gespol.jku.at/> Menüpunkt Kontraste

Aboservice, Sekretariat: Irene Perndorfer, Tel. 0732 2468 7161

Fax DW 7172 Mail: irene.perndorfer@jku.at

Redaktionsteam:

Mag. Hansjörg Seckauer, Dr. Christine
Stelzer-Orthofer, Dr. Bettina Leibetseder,
Dr. Susanna Rothmayer, Dr. Angela
Wegscheider

Wir freuen uns über zugesandte Manuskripte,
die Redaktion behält sich jedoch das Recht auf Kürzung
und Entscheidung über die Veröffentlichung vor.
Redaktionsschluss ist jeweils der 20. des Vormonats.
Namentlich gekennzeichnete Beiträge können,
müssen aber nicht die Meinung
der Redaktion wiedergeben.

Wissenschaftliche Beratung:

Univ. Prof. Dr. Josef Weidenholzer, MEP
Em. Univ. Prof. Dr. Irene Dyk-Ploss
a.Univ. Prof. Dr. Evelyn Schuster
Dr. Brigitte Kepplinger

Lektorat; Satz:

Mag. Hansjörg Seckauer

Grafisches Konzept:

Mag. Gerti Plöchl

Kontraste finanzieren sich fast ausschließlich aus Abonnements und
Mitgliedsbeiträgen: Jahresabo EUR 65,40; Halbjahresabo EUR 32,70;
StudentInnen, Arbeitslose und PensionistInnen EUR 36,30;
Einzelheft EUR 6,70; Referierte Ausgabe EUR 18,70
Alle Preise inklusive Versand.
Gratis Probeabo für drei Monate
Kündigung bis einen Monat vor Ablauf möglich.

Bankverbindung:

Sparkasse OÖ, BLZ 20320, Kontonr. 7500-002453
BIC: ASPKAT2LXXX, IBAN: AT972032007500002453

